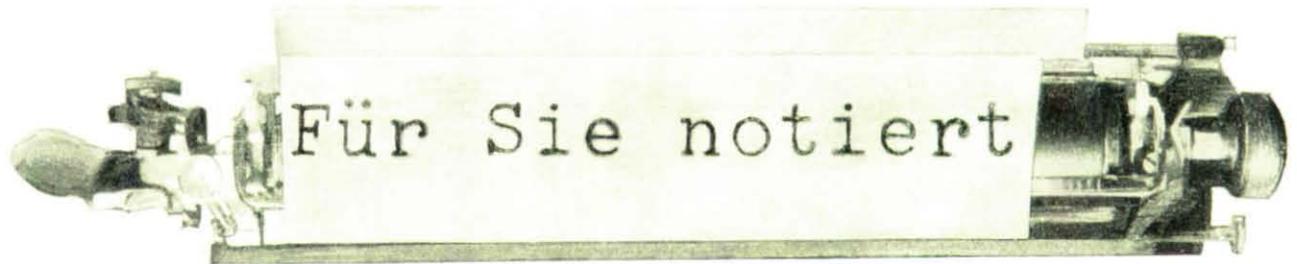


Ziviler Bevölkerungsschutz

ZB

Nr. 6 · Juni 1968 · 13. Jahrgang · Preis des Einzelheftes DM 1.50





Atomgeneratoren für Weltraum und Tiefsee

Snap 27 und Snap 21 sind die Kurzbezeichnungen für zwei Generatoren, die von der Minnesota Mining und Manufacturing Company für den Einsatz im Weltraum und in der Tiefsee entwickelt wurden. Beide erzeugen Strom durch Umwandlung der Zerfallswärme eines künstlichen Radioisotops. Der Generator Snap 27, der für das Apollo-Programm bestimmt ist und ein Jahr lang Betriebsstrom für einen Satz wissenschaftlicher Instrumente liefert, arbeitet mit Plutonium-238, einem nichtspaltbaren Isotop. Die Leistungsdaten werden mit 73 Watt bei 16 Volt angegeben, das Gewicht (einschließlich „Brennstoff“) mit 19,2 kg.

Snap 21, mit Strontium-90 beschickt, ist für wartungsfreie Einsätze bis 6000 m Meerestiefe konstruiert und besitzt eine Lebensdauer von rund fünf Jahren. Die druck- und korrosionsfeste Kapsel ist aus einer Beryllium-Kupfer-Legierung nach einem neuartigen Verfahren geschmiedet, mit einer Reihe von Isolierzellen ausgekleidet und gegen das Ausdringen von Strahlung gesichert. Der Generator hat 10 Watt Leistung. Er dient als Energiequelle für Sonargeräte zum Aufspüren von U-Booten oder Minen, für Navigationshilfen der Schifffahrt und des transozeanischen Flugverkehrs sowie für Unterseekabel und Tiefseeforschungsgeräte. AD

DAG für wirksamen Selbstschutz

Am 10. Mai 1968 empfing der Bundesvorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Hermann Brandt im Beisein von Heinz Wiencke von der Bundesberufsgruppe Öffentlicher Dienst, das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes, Wolfgang Fritze, zu einem Gespräch über die Situation der Angestellten des Bundesluftschutzverbandes nach Abschluß eines besonderen Tarifvertrages. Der Bundesvorsitzende der DAG betonte, daß seine Gewerkschaft stets die Belange des Zivilschutzes unterstützt habe und sich auch künftig für einen wirksamen Selbstschutz, der nach Inkrafttreten des Katastrophenschutzgesetzes vom Bundesverband für den Selbstschutz betreut wird, einsetzen werde.

Kernkraftwerke in Japan

Um dem wachsenden Elektrizitätsbedarf gerecht zu werden, sollen in Japan bis Ende des Jahres 1976 Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 47 920 MWe errichtet werden; darunter 16 Kernkraftwerke mit zusammen 9 192 MWe Leistung. Damit wird der Atomstrom im Jahre 1976 einen Anteil von 11% an der gesamten Elektrizitätserzeugung Japans erreichen.

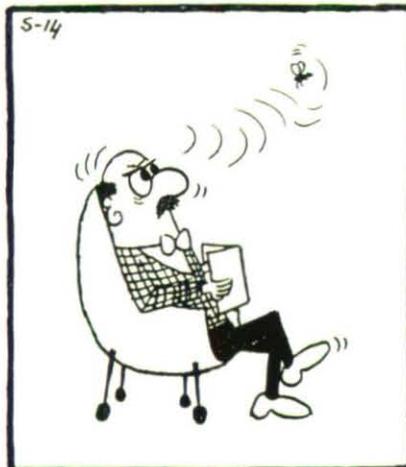
Erkrankungen durch unsauberes Wasser

Jährlich erkranken in der Welt schätzungsweise 500 Millionen Menschen durch den Genuß nicht einwandfreien Trinkwassers. Daher ist die Reinhaltung des Wassers eine vorrangige Aufgabe. Die Kosten für den Bau und die Sanierung von Klär- und Kanalisationsanlagen in der Bundesrepublik werden von Sachverständigen auf insgesamt 50 Milliarden DM geschätzt. w/fj

Neue Vorrats-Aktion

In ihrer Ausgabe vom 29. April berichtet die in der Schweiz erscheinende Zeitschrift „DIE TAT“ von einer neuen Vorrats-Aktion. Wörtlich heißt es:

In einer kritischen weltpolitischen Lage wären die eidgenössischen Behörden gezwungen, den Verkauf wichtigster Lebensmittel, von Seife, Waschmitteln und Brennstoffen plötzlich und ohne Vorankündigung zu sperren. In Krisensituationen – wie während des Israelkrieges im letzten Juni – pflegen viele Leute das nachzuholen, was sie vorher versäumt haben: Vorräte einzukaufen. „Doch Hamstern ist nicht nur kleinlich und peinlich. Hamstern ist unsozial!“ Mit diesem Aufruf startete der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge eine neue Aktion zur Haltung von Vorräten unter dem Titel „Weltpolitik kann unser Menü bestimmen“.



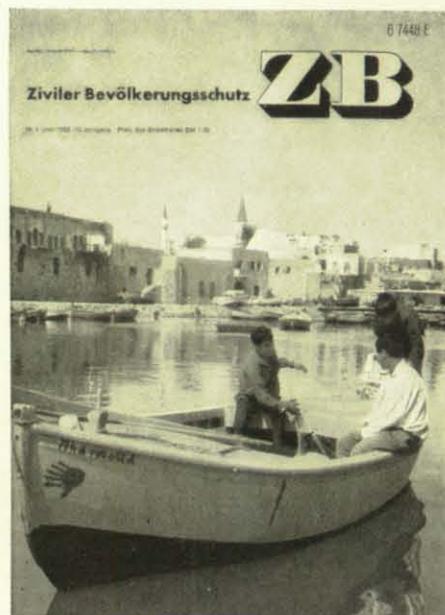
ZB

6'68

Nr. 6 · Juni 1968 · 13. Jahrgang

Inhalt:

Seite	II	Für Sie notiert
Seite	2	Erweiterter Katastrophenschutz. Neue Aufgaben für den Bundesluftschutzverband. Von Ministerialdirigent Heinz Kirchner
Seite	3	Unter Halbmond und Davidstern. Flüchtlinge im Nahen Osten. Wie sie leben, wo sie bleiben. Ein Reisebericht von Helmut Freutel und Günter Sers
Seite	15	Das Ascheberger Gespräch. BLSV-Landesschule erfüllt Informationsauftrag. Von Dr. Werner Lennartz
Seite	17	Rettet die Selbstschutzzüge. Gedanken zum Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes. Von Walter Haag
Seite	20	Im Zeichen des spähenden Adlers. 55 Jahre DLRG
Seite	22	Lautstark aber leistungsfähig. Einsatz von Turbinen-Tragkraftspritzen innerhalb der LS-Wasserförderbereitschaft. Von Brandoberinspektor Karlheinz Gehrman
Seite	25	Die Polizei in unserem Blut
Seite	26	Aus der Nähe besehen ...
Seite	27	Neue Bücher
Seite	28	Beton fließt wie Lava. Neue Sauerstoff-Lanze vorgeführt
Seite	29	Beratung im Schutzraumbau
Seite	30	Landesstellen berichten
Seite	III	Nr. Sicher im Verkehr
Seite	IV	ZB im Bild



Zu unserem Titelbild: Nördlich von Haifa, der israelischen Hafenstadt, liegt auf einer kleinen Halbinsel die Stadt Akko mit ihrem malerisch wirkenden Fischereihafen. Während der Kreuzzüge hat dieser Ort oft eine wichtige Rolle gespielt. Im Jahre 1198 entstand hier der Ritterorden der Deutschherren. 1799 belagerte Napoleon die Stadt 60 Tage lang vergeblich. In ihren Mauern leben heute Juden und Araber friedlich zusammen. Ein ungewisses Flüchtlingschicksal ist den Arabern von Akko erspart geblieben. Lesen Sie mehr über Flüchtlingsprobleme im Nahen Osten in unserem Beitrag „Unter Halbmond und Davidstern“, der auf Seite 3 beginnt.

Foto: G. Sers

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesluftschutzverband, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

ZB erscheint monatlich

Chefredakteur:
Dr. Bruno F. Schneider

Redaktion:
Helmut Freutel
Alfred Kirchner
Dr. Clemens Schocke

Layout und Grafik:
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:
Münchner Buchgewerbehäus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39-41
Tel. 22 13 61

Anzeigenleiter:
Hans Horsten
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,
ist nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto
(Österreich: öS 10,-, Schweiz: Fr. 1,80,
Italien: L 250,-)

Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft
sind 5% Mehrwertsteuer enthalten

Abonnement vierteljährlich DM 4,50
jährlich DM 18,-

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum
Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.

Sie muß bis spätestens an dessen
erstem Tag beim Verlag eingehen.
Bestellungen bei jedem Postamt
oder beim Verlag.



Erweiterung des Katastrophenschutzes

Neue Aufgaben für den Bundesluftschutzverband

Von Heinz Kirchner, Ministerialdirigent im Bundesministerium des Innern

Der Deutsche Bundestag hat bei der Beratung der Notstandsgesetze am 29./30. Mai 1968 auch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Dieses Gesetz regelt neben der Umorganisation der Hilfsdienste auch den Selbstschutz der Bevölkerung. Dabei werden dem Bundesluftschutzverband neue Aufgaben zugewiesen, zugleich erhält er die bereits im Selbstschutzgesetz vorgesehene Bezeichnung „Bundesverband für den Selbstschutz“ (BVS). Damit haben die jahrelangen Bemühungen um eine neue gesetzliche Regelung dieser wichtigen Teilgebiete des Zivilschutzes einen Abschluß gefunden.

Das Selbstschutzgesetz vom 9. September 1965 stand unter einem schlechten Stern. Schon bei seiner Verabschiedung sind im Bundesrat und im Bundestag einige Bedenken gegen verschiedene Bestimmungen erhoben worden; bald danach zwang dann die angespannte Haushaltslage des Bundes zu einer befristeten Suspendierung des Gesetzes, die später im Finanzänderungsgesetz von 1967 „bis auf weiteres“ verlängert wurde. Das lange Ringen um ein Inkrafttreten des Selbstschutzgesetzes ist allen Lesern dieser Zeitschrift aus einer Reihe von Veröffentlichungen bekannt; die Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang dieser Bemühungen sind allerdings im Laufe der letzten Zeit immer geringer geworden. Die Finanzsituation des Bundes führte im gesamten Zivilschutz zu empfindlichen Einschränkungen, die auch den Bereich des Selbstschutzes und den BLSV nicht unberührt lassen konnten.

Nun ist das Selbstschutzgesetz endgültig tot; es wird in § 18 Abs. 2 KatSG aufgehoben. Die neue gesetzliche Regelung verzichtet auf eine Selbstschutzpflicht jedes Bürgers und jedes Betriebs und hält am bisherigen Prinzip der Freiwilligkeit fest. Im Unterschied zur bisherigen Aufgabenstellung des BLSV, die „die Organisation und Ausbildung freiwilliger Helfer für den Selbstschutz“ enthielt, liegt nunmehr die Zuständigkeit für „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung“ bei den Gemeinden.

Rechtsgrundlage der künftigen Arbeit des BVS ist § 11 KatSG in Verbindung mit anderen Vorschriften des Gesetzes. Es handelt sich um folgende Aufgaben:

1. Aufklärung der Bevölkerung „über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes“; die teilweise konkurrierende Aufklärungszuständigkeit des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz fällt weg.
2. Mitwirkung bei der „Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz“. Für diesen Bereich schreibt § 10 Abs. 2 KatSG vor, daß sich die zuständigen Gemeinden bei der Ausführung des Gesetzes „der

im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, insbesondere des Bundesverbandes für den Selbstschutz, bedienen können“.

3. Mitwirkung bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz der Behörden und Betriebe.

Der Umfang der Mitwirkung des BVS bei der Ausbildung im Selbstschutz der Bevölkerung wie der Behörden und Betriebe hängt einmal von den personellen und finanziellen Möglichkeiten des Verbandes ab, zum anderen muß er sich nach dem Auftrag des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde und der einzelnen Behörden und Betriebe richten. Vorbehaltlich einer Regelung in künftigen Verwaltungsvorschriften sollte bei der Planung davon ausgegangen werden, daß die Mitwirkung des Verbandes bei der Ausbildung im Selbstschutz der Bevölkerung den Vorrang vor jeder anderen Ausbildungstätigkeit haben muß.

Angesichts der großen Erfahrungen des Verbandes bei der Selbstschutzausbildung dürften erhebliche Umstellungsschwierigkeiten bei der Durchführung des neuen Gesetzes nicht zu erwarten sein. Allerdings erfordert die künftige Ausbildungstätigkeit eine noch engere Zusammenarbeit des BVS mit der Gemeinde. Außerdem ergibt sich aus der Aufklärungszuständigkeit des BVS auch die Notwendigkeit, in allen anderen Fragen des Selbstschutzes der Bevölkerung mit dem Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde in möglichst ständiger Verbindung zu stehen.

Das KatSG rechnet den BVS zu den Katastrophenschutzorganisationen, dies ergibt sich vor allem aus § 10 Abs. 2; damit wird der Verband aus den Fesseln einer nur auf den Verteidigungsfall ausgerichteten Aufgabe gelöst. Diese neue Stellung des BVS kann auch bei der Einordnung der Selbstschutzzüge in den Katastrophenschutz der kreisfreien Städte und Landkreise (vgl. § 14 KatSG) von Bedeutung sein. Hier wird geprüft werden müssen, ob der BVS in seiner Eigenschaft als Katastrophenschutzorganisation auch Empfänger dieser Züge sein kann. Dies sollte zumindest dann bejaht werden, wenn keine andere Organisation eine Verwendungsmöglichkeit hat und der BVS die Ausrüstung für Ausbildungszwecke oder Aufklärungsveranstaltungen benötigt.

Viele Einzelfragen werden noch in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften und in den Einordnungsweisungen zu klären sein. Aber mit Rechtsvorschriften und Weisungen allein ist es nicht getan. Die notwendige Umstellung beim Aufbau des Selbstschutzes und bei der Ausbildung ist nicht zuletzt vom Verständnis aller Beteiligten und von ihrer Bereitschaft abhängig, bei der Durchführung des Gesetzes tatkräftig mitzuwirken. Hier steht der BVS mit seinen Helfern vor einer neuen Bewährungsprobe.

Unter Halbmond und Davidstern

**Flüchtlinge
im Nahen Osten**

Wie sie leben, wo sie bleiben

**Ein Reisebericht von
Helmut Freutel**

Es fotografierte Günter Sers



Nach der Zwischenlandung in Zürich hatten wir die Plätze gewechselt. Günter Sers, Fotograf und Kameramann des BLSV, saß jetzt zwei Sitzreihen vor mir. Bevor der Düsenriese auf die Startbahn rollte, erhob sich mein Reisebegleiter noch einmal aus dem komfortablen und bequemen Sessel und nickte mir freundlich lächelnd zu.

„Weißt du“, hatte er im Restaurant des Züricher Flughafens Klothen gesagt, „ich werde mich mal auf einen anderen Platz setzen. Wir beide sehen uns in den nächsten Wochen, während wir in Israel sind, noch oft genug.“

„Einverstanden“, hatte ich erwidert und mich dabei im Lokal umgesehen. Denn ich hatte ihn im Verdacht, daß er gerne neben einer der vielen hübschen jungen Damen sitzen wollte, die hier mit uns auf den Abruf warteten.

Ich hatte ohne Mühe einen Fensterplatz bekommen. Mein Nachbar, ein Kaufmann aus Stuttgart, wie ich später erfuhr, war nach einer Geschäftsreise durch Italien und die Schweiz in Zürich zugestiegen. Es war nicht seine erste Luftreise. Man erkennt das sofort. Schon an der Art und Weise des Platznehmens. Seinen leichten Mantel legte er in die Ablage, die sich oberhalb der Sessel befindet, seine Tasche stellte er mit geübtem Griff unter seinen Platz. Dann richtete er die Frischluftdüse so ein, wie es ihm angenehm war, rückte sich nach einem Knopfdruck seinen Sessel in eine bequeme Position, schnallte noch vor der offiziellen Aufforderung seinen Sicherheitsgurt an und grüßte, nachdem er mich voller Zufriedenheit angestrahlt hatte, die Stewardess mit einem herzlichen „Hallo!“.

„Na, dann kann's ja losgehen“, sagte er. Und als hätte der Kapitän nur darauf gewartet, setzte sich das Flugzeug in Bewegung.



„Wo soll's denn hingehen?“ fragte ich, neugierig von Beruf.

„Zunächst nach Tel Aviv, dann ein wenig kreuz und quer durch Israel. Soll ja sehr interessant sein. Man muß ja zwischendurch auch einmal ausspannen. Ich bin schon viel herumgekommen, aber Israel kenne ich noch nicht.“

„Na“, sagte ich, „dann haben Sie sich zum Ausspannen vielleicht doch nicht die richtige Ecke des Globus ausgesucht. In diesem Land kommen Sie nicht zur Ruhe. Je mehr Sie von ihm sehen, desto wollen Sie kennenlernen. Sie fühlen sich wie ein Entdecker. Sie werden sich selbst keine Ruhe geben, weil Sie glauben, daß Sie sonst etwas versäumen.“ Während das Flugzeug zusehends an Höhe gewann, zählte ich ihm die interessantesten Sehenswürdigkeiten des Landes auf.

„Ich entnehme Ihrer Schilderung, daß Sie selbst schon einmal in Israel waren?“ fragte mein Nachbar. „Stimmt“, antwortete ich, und erläuterte: „Ich war dort im letzten Jahr, vier Wochen nach dem Juni-Krieg. Dienstlich, verstehen Sie; ich habe einen

Moshe Kalchheim, Direktor der Informationsabteilung der Jewish Agency (rechts), vermittelte Redakteur Helmut Freutel einen tiefen Einblick in die Einwanderungsprobleme Israels.



Vom Uhrturm der Säulenkarawanserei in Akko hat man einen guten Überblick über die Stadt. Bildberichterstatter Günter Sers nutzt die Gelegenheit für einige Aufnahmen von Stadt und Hafen.

Artikel über den Zivilschutz geschrieben, für eine Fachzeitschrift.“ Hätte ich ihm erzählt, daß ich am See Genezareth Krokodile gejagt hätte, würde er mich nicht weniger erstaunt angesehen haben.

„Zivilschutz? Das ist doch so was wie Luftschutz. Machen die Israelis das auch? Ich dachte, das hätte es nur bei uns gegeben, Notstandsgesetze, Gasmasken, Bunker und alles so ein Kram.“

Ich mußte im stillen lachen. Wie oft habe ich solche Reden schon gehört. Auch von intelligenten und vernünftigen Menschen. Wie oft hatte ich aber auch schon durch ein paar simple Beispiele den Leuten ihr schräges Bild vom Zivilschutz zurechtgerückt, sie zum Nachdenken angeregt. Warum also nicht eine kleine Diskussion in 8000 Metern Höhe?

„Nein“, sagte ich zu ihm. „Da sind Sie

schlecht informiert. Zivilschutz gibt es in vielen Ländern, in Ost und West. Er ist vielleicht nicht so spektakulär wie die Armeen der einzelnen Staaten, sonst wäre er Ihnen auf Ihren Geschäftsreisen schon aufgefallen. Aber es gibt ihn, und die Israelis machen zum Glück keine Ausnahmen.“

„Zum Glück?“ fragte er verwundert.

„Ja, zum Glück für die Bevölkerung. Was glauben Sie, wie froh die Menschen waren, als sie sich bei Alarm in ihre Schutzräume verkriechen konnten. Und wie beruhigend die Gewißheit für sie war, daß es Zivilschutzeinheiten gibt, die, wenn es ganz brenzlich wird, zur Hilfe anrücken.“

Unser Gespräch wurde unterbrochen, weil das Essen serviert wurde. Wir konzentrierten uns für eine Weile nur auf die ausgezeichnete Mahlzeit und die ganze Behaglichkeit einer Flugreise. Nach dem Kaffee begann mein Nachbar wieder das Gespräch. „Meinen Sie nicht auch“, fragte er mich, „wenn die Menschen sich vertragen, brauchen sie weder Soldaten noch Luftschutz (er blieb nun einmal bei dem Begriff „Luftschutz“). Schauen Sie sich um! In diesem

Blick auf einen Teil der Stadt Ashdod. Sie wurde vom ersten Stein an geplant. Noch vor elf Jahren gab es hier nichts als Wüste, Sand und das Mittelmeer. 30 000 Einwohner hat diese Stadt, die in einigen Jahren den größten Überseehafen Israels haben wird. 50 Prozent sind Einwanderer aus Marokko und Tunesien, 20 Prozent kommen aus Europa und 30 Prozent aus aller Welt und Israel.



Flugzeug sind Reisende aus fünf, sechs und vielleicht noch mehr verschiedenen Nationen. Alle möchten sie nur den Frieden.“

„Das wollten sie immer, und trotzdem, denken Sie zurück, wann hat es schon echten Frieden auf dieser Welt gegeben? Kein Wunder, daß die Menschen mißtrauisch sind und sich vor unliebsamen Überraschungen schützen wollen. Nehmen Sie dieses Flugzeug zum Vergleich: Es dient nur friedlichen Zwecken. Es wird von ausgezeichnet geschultem Personal geflogen und begleitet. Vor jedem Flug wird es gewartet und durch und durch überprüft. Während des Fluges wird es von Bodenstationen aus sicher geleitet. Es fliegt in einer Höhe, wo ihm kein Wetter etwas anhaben kann. Wir sitzen hier so bequem wie in unseren Wohnzimmern. Es kann eigentlich nichts schiefgehen. Trotzdem hat man an

jeder Seite des Rumpfes zwei Notausgänge angebracht. Trotzdem befindet sich in der Tasche vor Ihnen, an der Rückenlehne Ihres Vordermannes, eine Karte mit Hinweisen für Gefahrensituationen. Trotzdem hat jeder Reisende eine Schwimmweste unter seinem Sitz. Ganz abgesehen vom Sicherheitsgurt, den jeder wie selbstverständlich beim Start und bei der Landung sowie auf besondere Anweisung an- oder abschnallt. Alles nur Vorsorge. – Ich will Ihnen aber nicht den Flug vermiesen.“

Abwehrend hob mein Nachbar die Hände. „Aber ich bitte Sie!“ rief er. Dann meinte er: „Der Vergleich ist nicht schlecht.“ Er griff in das Fach vor sich und holte die Karte mit den Verhaltensmaßregeln heraus.

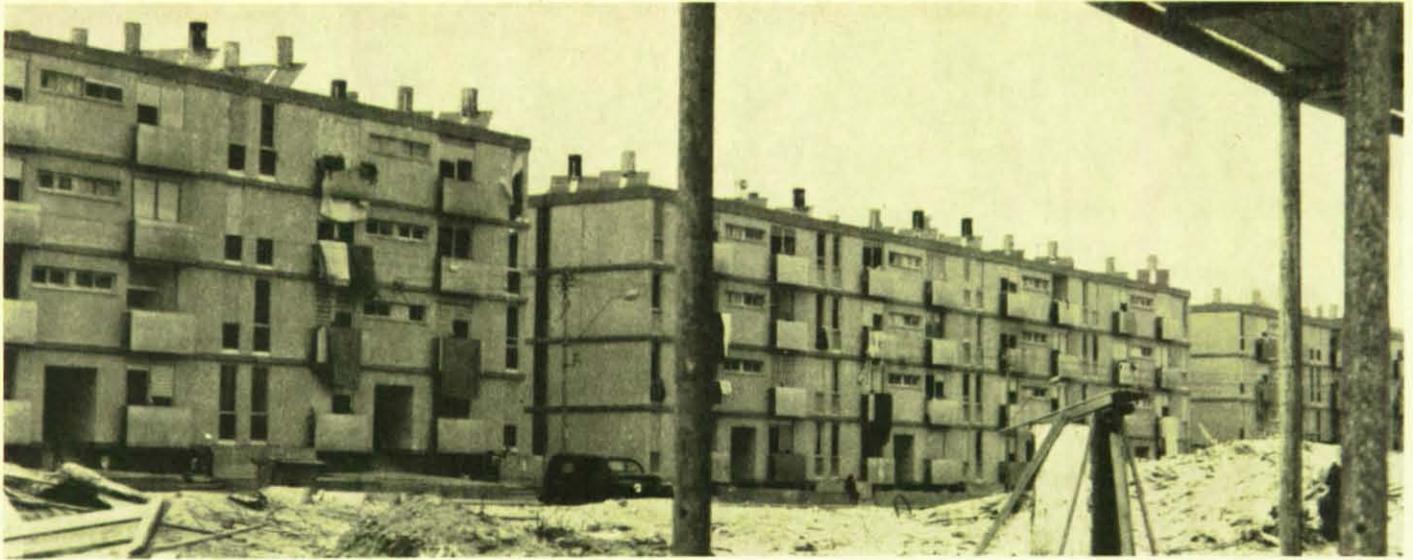
Wir warfen gemeinsam einen Blick darauf. In drei Sprachen, Englisch, Französisch und Hebräisch, werden hier die Passagiere auf-

geklärt, was sie im Falle einer Notlandung oder Notwasserung zu tun haben; so ist die Schwimmweste anzulegen, so ist der Sitz einzustellen und so sind die Sicherheitsgurte anzulegen. Rauchen einstellen. Schuhe, Brille und Zahnprothesen ablegen, scharfe und spitze Gegenstände aus den Taschen nehmen. Einige Zeichnungen, in allen Sprachen verständlich, zeigen verschiedene schützende Körperstellungen, die Flugzeugpassagiere bei einer Notwasserung einnehmen sollen.

Mein Nachbar steckt lächelnd die Instruktionstafel wieder in die Tasche zu den Tüten, die vorsorglich für den Fall von Luftkrankheit mitgegeben werden.

„Ich denke, wir werden weder das eine noch das andere brauchen, weder Schwimmweste noch Luftschutz.“

Ich nickte ihm zu. „Hoffentlich! Ich möchte



aber weder auf das eine noch auf das andere verzichten."

Während unseres Gesprächs ist die Maschine anscheinend wieder etwas tiefer gegangen. Strahlend blau liegt das Mittelmeer unter uns. Ebenso blau und rein ist der Himmel über uns. Gleichmäßig rauschen die Strahltriebwerke, die Sonne spiegelt sich im blanken Metall der Tragflächen.

Einige Fluggäste schlafen, andere lesen oder unterhalten sich. Über Bordlautsprecher gibt der Flugkapitän in drei Sprachen Position, Flughöhe und Geschwindigkeit an. Mein Nachbar blickt gedankenversunken an mir vorbei zum Fenster hinaus; dann fragt er mich unvermittelt: „Und womit befassen Sie sich auf dieser Israelreise?“

„Mit Flüchtlingsproblemen. Genauer gesagt: einerseits mit den Hunderttausenden von Juden, die aus aller Welt nach Israel eingewandert sind, weil sie in ihrer Heimat keine Bleibe mehr fanden, und andererseits mit den Hunderttausenden von Arabern, die bei der Gründung des Staates Israel aus dem Lande geflohen sind und seitdem ein kümmerliches Flüchtlingsdasein führen. Mich interessiert das Schicksal dieser Menschen wie auch die Arbeit des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen im Nahen Osten sowie die Arbeit anderer Hilfsorganisationen.“

Er staunte mich an und schüttelte den Kopf. „Sorgen haben Sie, das muß ich schon sagen.“

„Allerdings“, sagte ich und nickte dazu. „Doch warten Sie ab. Sie werden sich mit vielen Menschen in Israel unterhalten. Man wird Ihnen von ihrem Schicksal erzählen, von den Leiden und Entbehrungen. Sie werden immer wieder ehemalige Flüchtlinge treffen. Sie werden von menschlichen und unmenschlichen Begebenheiten hören, von interessanten und erregenden Abenteuern. Sie werden Lebensgeschichten hören, von denen jede wie ein Roman klingt. Es ist kaum anzunehmen, daß Sie das alles nicht berührt. Gestern hat es diese Menschen getroffen, heute trifft es jene. Wissen

wir, wen es morgen trifft? Darum meine ich, diese Probleme gehen jeden an.“

Massenflucht und Zwangsumsiedlungen im 20. Jahrhundert

Seit Jahrtausenden sind Zwangsumsiedlungen und Massenflucht die trostlosen Begleiterscheinungen der menschlichen Geschichte gewesen. Wir wissen von der Babylonischen Gefangenschaft der Juden im 6. Jh. v. Chr. und den Zwangsumsiedlungen unter dem chinesischen Kaiser Tsi Schihuangti bis zu ähnlichen Maßnahmen der südamerikanischen Inkas und den Grausamkeiten vergangener Jahrzehnte, denen ganze Völkerteile und nicht zuletzt wieder die Juden ausgesetzt waren. Wir wissen auch, daß strategische Zielsetzungen, Ausdehnungsdrang, religiöse und politische Unduldsamkeit und schließlich der Rassenhaß immer wieder für gewaltsame Bewegungen verantwortlich waren, die ihren bisher größten Umfang in der jüngsten Vergangenheit erreichten.

Es sei hier erinnert an die Balkankriege von 1912/13 als mehrere hunderttausend Türken und Griechen zur Flucht und Umsiedlung gezwungen wurden, oder an die Zwangsumsiedlung großer volksdeutscher Gruppen im Zarenreich. Es sei weiter erinnert an die Zeit nach dem 1. Weltkrieg, an die Abtrennung weiter Gebiete vom Deutschen Reich und die Abwanderung von mehr als einer halben Million Deutscher aus ihrer Heimat.

Kaum jemand anders als die Betroffenen sprechen heute noch von dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch nach einem Abkommen im Jahre 1923, wonach 380 000 Türken Griechenland verlassen mußten und 1,2 Millionen Griechen aus Anatolien umgesiedelt wurden.

Noch umfangreicher und völlig ungeregt war die Flucht von 2–3 Millionen Russen, Ukrainern und anderen Bürgern aus dem Zarenreich, das in der Revolution von 1917 unterging.

Die Liste über Flucht und Vertreibung in

In Ashdod schießen die Häuser für die Einwanderer nur so aus dem Boden und werden sofort bezogen

unserem Jahrhundert geht aber noch viel weiter. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollzähligkeit, sondern soll nur Erinnerungen wachrufen.

Mehr als 800 000 Menschen flohen während der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen 1933 und dem Ausbruch des 2. Weltkrieges aus dem Reich und den angegliederten Gebieten.

Der spanische Bürgerkrieg vertrieb vorübergehend mehrere Millionen Spanier von Haus und Hof und war der Grund für die Flucht von einigen Hunderttausend nach Frankreich.

Es folgten Fluchtbewegungen unter deutschen Volksgruppen in den baltischen Staaten, unter polnischen Bürgern, unter ihnen ein Großteil jüdischen Glaubens.

Millionen Franzosen verließen ihr Heim während der Besetzung Frankreichs. Der deutsche Einfall in die Sowjetunion war Ursache für die Flucht vieler Millionen.

Während der Kriegs- und Nachkriegsjahre wurden Flüchtlinge und „Displaced Persons“ nur noch nach Millionen gezählt. Nach offiziellen Schätzungen waren allein während des 2. Weltkrieges in Europa 40 bis 45 Millionen Zivilisten auf die eine oder andere Weise gezwungen, vorübergehend oder für immer die Heimat zu verlassen.

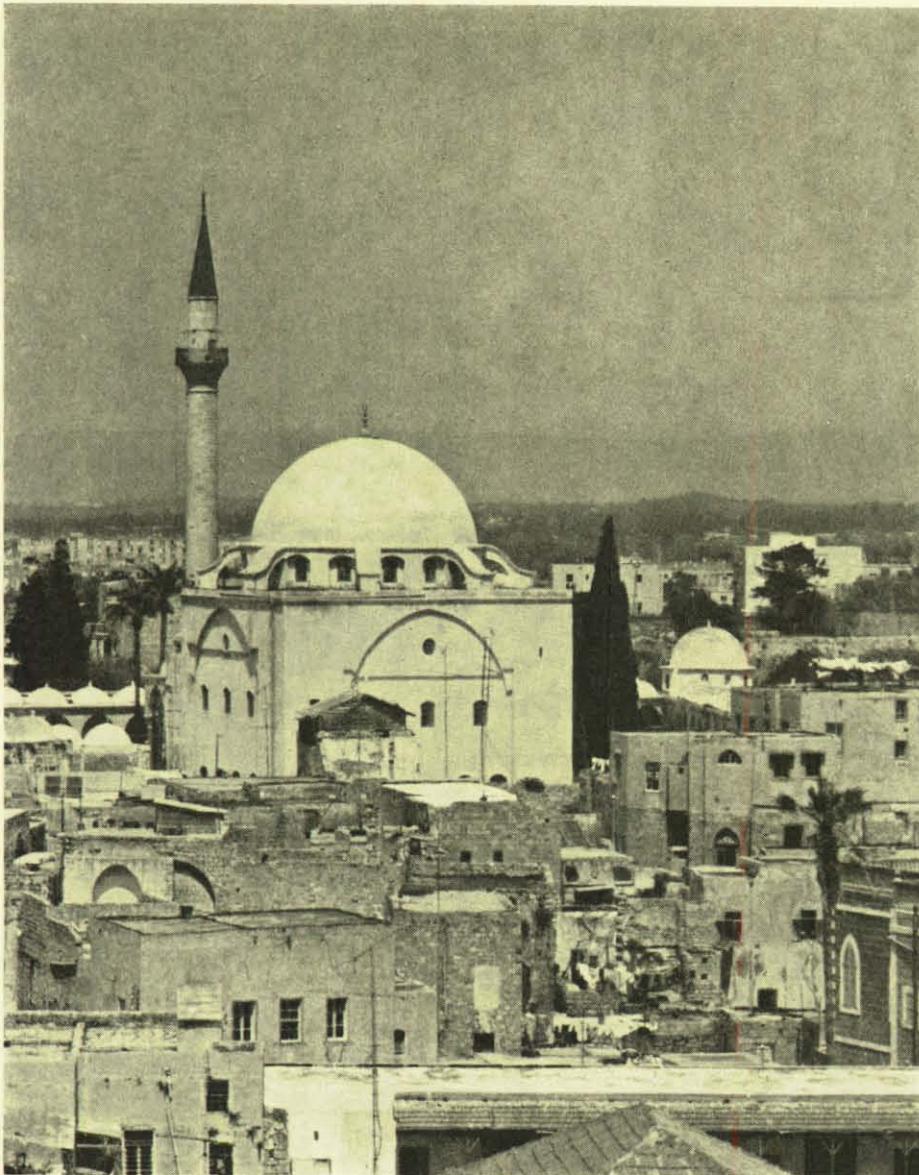
Ebenso die Nachkriegsjahre brachten neue Massenflucht und Zwangsumsiedlung. Es traf Finnen, Italiener, Polen, Ukrainer, Rumänen, Madjaren, Slowaken, Südslowaken und Türken. Übertroffen wurden diese Vorgänge jedoch von der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Südosteuropa. Bis in die Gegenwart hinein dauert die Flucht von Bürgern aus Mitteldeutschland nach dem Westen.

Viele Millionen Menschen verschiedener



Jedes der 16 Stadtviertel von Ashdod wird einst über eigene Schulen, Kinos und moderne Geschäfte verfügen.

Unten: Majestätisch ragt aus dem Häusermeer von Akko die Ahmed-Jezzar-Moschee heraus.



Nationalität vermochten während all dieser Jahre nicht zu entkommen und erlitten den Vernichtungstod.

Kaum geringer als in Europa ist der Umfang der Flüchtlingsbewegungen in Asien, von denen täglich Nachrichten zu uns dringen.

Auch Afrika ist nicht verschont geblieben. Neben Flucht und Zwangsumsiedlungen von Millionen von Menschen kam es im Laufe der Jahre auch zur Abwanderung von Europäern wegen wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit in vielen Staaten.

Der Suezkanal-Konflikt von 1956 wie auch die arabisch-israelischen Spannungen lösten eine Fluchtbewegung der alteingesessenen Juden Nordafrikas und des asiatischen Nahen Ostens nach Israel aus.

Der Umfang der weltweiten Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme veranlaßte auch die Vereinten Nationen, einen Hohen Kommissar für Flüchtlinge einzusetzen (United Nations High Commissioner for Refugees). Die Aufgabe des Amtes dieses Hohen Kommissars ist der internationale Schutz der Personen, die ihre Heimat oder ihr Wohnsitzland wegen politischer Ereignisse verlassen haben. Es hilft auf Verlangen den Regierungen der Länder, in denen diese Personen Zuflucht gefunden haben, eine dauernde Lösung für die Flüchtlingsprobleme zu finden.

Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen erhielt 1954 den Friedensnobelpreis.

Seit dem 3. Dezember 1965 wird dieses Amt von Prinz Sadruddin Aga Khan gehalten, der sich schon vor seiner Wahl durch die Generalversammlung der UN große Verdienste bei der internationalen Flüchtlingsarbeit erworben hatte.

Für die Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten richteten die Vereinten Nationen ein Hilfswerk ein, dessen englischer Titel United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, abgekürzt UNRWA, heißt.

Träger der praktischen Arbeit auf dem Gebiet der Einwanderung, der Einordnung der

Einwanderer in Israel und der landwirtschaftlichen Siedlungsarbeit ist die Jewish Agency.

Vom Zeltlager ins moderne Wohnheim

„Gehen Sie zu Herrn Kalchheim von der Jewish Agency. Er wird Ihnen alles sagen und zeigen, was Sie über die jüdischen Einwanderer und ihre Betreuung wissen wollen“, sagte Herr Pyetan, Leiter der Pressestelle der Regierung in Tel Aviv, und griff zum Telefon, um unseren Besuch anzumelden. Danach trat er mit Günter Sers und mir vor eine große Landkarte in seinem Büro und zeigte uns die für unsere Berichterstattung am besten geeigneten Plätze und die Wege dorthin. Natürlich zeigte er uns auch die Gegenden, die wir wegen der ständigen Reibereien zwischen Arabern und Juden und wegen der Sabotageakte fanatischer Gegner der Israelis meiden sollten.

Herr Pyetan, den wir von unserem Besuch im vergangenen Jahr gut kannten und dem auch unsere ausführliche Berichterstattung über den Zivilschutz in Israel bestens bekannt war, begrüßte unser Vorhaben, über die Flüchtlingsprobleme im Nahen Osten berichten zu wollen. Vor allem fand er es fair, daß wir nicht nur einseitig Stellung nehmen wollten, sondern die Situation der arabischen wie auch der jüdischen Flüchtlinge aufzuzeigen beabsichtigten.

„Sehen Sie“, sagte Herr Pyetan, „sowohl wir als auch unsere arabischen Nachbarn haben nunmehr drei Kriege durchgemacht, die nicht von Israel verursacht worden sind. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit der einzelne Araber die Kriege gewollt hat. Ich glaube, er wurde von seinen Anführern getäuscht, die ihm jedesmal einen leichten Sieg und reiche Beute versprochen haben. Aber sie versprachen ihnen auch, daß sie das Recht hätten, die Juden zu vernichten und in ihren Wohnungen bleibende Heimat zu finden. Wir müssen den Arabern klar machen, daß sie dieses Ziel nicht erreichen können. Die Araber müssen erkennen, daß sie mit den Israelis in guter Nachbarschaft leben können, daß eine gute Zusammenarbeit für alle Gewinn und Nutzen bringt. Daß dies möglich ist, werden Sie selbst sehen, wenn Sie die Städte und Dörfer besuchen, in denen seit vielen Jahren Araber und Juden friedlich miteinander leben. Wir kennen auch die Sorgen der Flüchtlinge nur zu gut. Sind wir doch selbst fast alle als Flüchtlinge in dieses Land gekommen. Aber, wie gesagt, darüber soll Ihnen Herr Kalchheim Auskunft geben.“

Die Jewish Agency in Tel Aviv befindet sich in einem großen, modernen Bürohaus der Rehov Kaplan, einer der Ausfallstraßen nach Jerusalem. „M. Moshe Kalchheim, Direktor der Informationsabteilung“ stand auf dem Türschild. Uns begrüßte ein freundlicher Herr, der fließend Deutsch sprach.

Kurz gab er zunächst einen Überblick über die Aufgaben der Jewish Agency. Zu diesen gehört schon die Organisation der Einwanderung im jeweiligen Ausland; die Überführung der Einwanderer und ihres



beweglichen Eigentums nach Israel; die Förderung ihrer Einordnung in Israel; die Einwanderung von Jugendlichen; die Förderung der landwirtschaftlichen Ansiedlung; die Teilnahme an Landentwicklungsprojekten; der Ansporn zu privaten Kapitalanlagen; die Mitarbeit an kultureller Aufbauarbeit und Unterstützung der höheren Lehranstalten; die Aufbringung von Geldern für diese Zwecke und die Abstimmung der Aufbauarbeit in Israel mit der Tätigkeit anderer jüdischer Organisationen.

„Sie können leicht die Größe der Aufgabe ersehen“, sagte Herr Kalchheim, „wenn Sie

sich einige Zahlen von Einwanderungen nach Israel ansehen.“

In der Zeit vom 15. 5. 1948 bis Dezember 1964 wanderten aus dem Nahen Osten und Afrika ein:

Aus dem Irak	124 000 Personen
aus Aden	4 000 Personen
aus dem Jemen	46 500 Personen
aus Marokko	234 000 Personen
aus Tunesien	43 000 Personen
aus Libyen	32 500 Personen
aus Ägypten	37 500 Personen
aus verschiedenen Ländern	15 000 Personen



Links: Das Leben in Akko wird durch die hier lebenden Araber geprägt. In den gegen die Sonnenstrahlen durch Sackleinen geschützten Gassen drängt sich Bazar an Bazar.

Oben: Feilschen gehört hier zum Geschäft. Aber man wird sich zu guter Letzt immer handelseinig.

Rechts: Die meist flachen, sandfarbenen Häuser scheinen aneinanderzukleben in dieser alten Stadt, in der Juden und Araber seit eh und je friedlich leben.



Dann schilderte der Direktor der Informationsabteilung den Leidensweg dieser Menschen, die zum größten Teil ausgewiesen wurden und Hab und Gut zurücklassen mußten. Am schlimmsten waren die Jahre 1948 bis 1953. Damals lebten 350 000 Juden in Zelten. Nur stufenweise konnten sie in Wohnungen untergebracht werden. Auch heute noch gibt es viele Menschen, die in Slums leben müssen.

Doch die Einwanderung ist das Lebensblut Israels. Das Recht jedes Juden, gleichgültig welcher Herkunft, sich in Israel niederzulassen, ist einer der Grundpfeiler des Staates.

Die moderne jüdische Siedlungsgeschichte beginnt im Jahre 1882. Damals betrug die jüdische Bevölkerung in Palästina 24 000 Seelen, die bis 1914 auf 85 000 anwuchsen. Als Folge von Deportationen und Entbehrungen im ersten Weltkrieg sank die Zahl der jüdischen Einwohner auf 56 000 ab.

Während der Zeit des britischen Mandats über Palästina, also von 1919 bis 1948, betrug die Zahl der Einwanderer 482 000. Bei der Staatsgründung im Mai 1948 betrug die Gesamtzahl der Bevölkerung 650 000.

Die Flut der Flüchtlinge aus aller Welt

— bis 1951 kamen 684 000 Juden in das Land — verebbte 1952 und 1953, empfing danach jedoch einen neuen Auftrieb und stieg 1956 und 1957 rapide an. Auch in den folgenden Jahren schwankten die Einwanderungsquoten erheblich.

Wenn man bedenkt, daß die überwiegende Zahl der Einwanderer auf Kosten der Jewish Agency ins Land gebracht wurde, so fragt man sich, woher diese hierfür aufgewandten Gelder kamen. Man bestätigte uns immer wieder, daß dies nur möglich war durch die freiwilligen Beiträge von Juden aus aller Welt.

Doch nicht nur die Organisation und Abwicklung der Einwanderung machten der Jewish Agency Sorgen und Kosten. Die meisten Einwanderer waren mittellos und ungeschult. Die Regierung Israels und die Jewish Agency verwendeten gewaltige Summen darauf, die Menschen aufzufangen, sie unterzubringen, auszubilden und ihnen sofort Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft zu verschaffen. Später wurden neue Dörfer und Städte angelegt, die bestehenden öffentlichen Wohlfahrts- und Erziehungseinrichtungen erweitert und das gesellschaftliche und kulturelle Einleben der Neuankömmlinge gefördert. Hinter diesen nüchternen Angaben steht,

die Jewish Agency bemühte sich, die Men-

zur Siedlung". Das System sieht vor, daß jeder Einwanderer auf Grund vorausgegangener Planung vom Ankunftshafen direkt in eine Landsiedlung oder in ein Entwicklungsgebiet geleitet wird. In diesen Gebieten stehen Wohnungen und Arbeitsplätze für die Einwanderer bereit.

„Wenn Sie wollen“, sagte Herr Kalchheim zu uns, „werde ich Ihnen ein Musterbeispiel an Organisation und Flüchtlingsunterbringung zeigen, wie Sie es kaum noch einmal finden werden.“

Natürlich wollten wir, und schon wenig später fuhren wir nach Ashdod, einer kleinen Stadt, etwa 30 km südwestlich von Tel Aviv.



Links: Blick durch ein Turmfenster auf den kleinen Hafen von Akko, in dem, wegen der Versandung, nur noch kleine Fischerboote zu Hause sind.

Unten: Die älteren Einwohner, die hier als israelische Staatsbürger leben, haben ihre orientalischen Lebensgewohnheiten beibehalten.

Rechts: In Akko trifft der Europäer noch jene Atmosphäre an, die er vom Orient erwartet.



wie sich jeder ausmalen kann, unsagbares menschliches Leid und Elend. Keine noch so gut arbeitende Organisation konnte den Menschen die Entbehrungen ersparen. Alles war eine einzige große Improvisation. Küchen wurden aus dem Material alter Blechkanister gebaut. Und auch die Flüchtlinge versuchten, ihre bescheidenen und dürrtigen Zeltbehausungen mit allen nur denkbaren Materialien zu befestigen und zu sichern. Menschen, die das Glück hatten, in schwedischen Baracken untergebracht zu werden, sahen dies als höchsten Luxus an.

Doch die Jewish Agency gab den Einwanderern kostenlose Unterkunft, Möbel, Klei-

den sinnvoll zu beschäftigen. Sie richtete Schulen ein, in denen die Einwanderer modernes Hebräisch lernten. Lehrer und Hilfslehrer mußten dazu erst einmal herangebildet werden. Oft sprangen Studenten ein. Den Kindern wurde echte Bildung vermittelt. Volksschulen wurden eingerichtet, und alle Kinder nahmen am Unterricht teil. Die Unterbringung in den Auffangslagern bedeutete für viele Menschen oft, daß sie monatelang ihr Leben in erzwungenem Müßiggang und in Abhängigkeit verbringen konnten.

Im Jahre 1954 wurde dann ein neues System eingeführt. Es nennt sich „Vom Schiff

Herr Kalchheim hatte uns nicht zuviel versprochen. Wir sahen eine Stadt, die es vor elf Jahren nur auf dem Papier gab, die nur in der Vorstellung von Architekten und Ingenieuren bestand. Und es waren kühne Pläne, die sich mit dem Bau dieser Stadt befaßten, die an der Stätte des einstigen Philisterhafens entstehen sollte. Noch gab es vor elf Jahren hier nichts als Wüste und Sand und das Mittelmeer.

Schon die Bibel nannte den Namen Ashdod (1. Sam. 6,17) als alte Philisterstadt. Viele Ausgrabungen zeugen noch von alter Kultur.

Heute entsteht hier aber ein Hafen, der einmal der größte Überseehafen Israels sein

wird. Von ihm aus können alle Zitrusfrüchte aus dem Süden Israels, die für den Export bestimmt sind, verschifft werden, ohne erst den weiten Weg nach Haifa antreten zu müssen.

Die Stadt Ashdod hat bis heute 30 000 Einwohner. 50 Prozent sind Einwanderer aus Marokko und Tunesien, 20 Prozent kommen aus Europa, 30 Prozent aus aller Welt und aus Israel.

Ashdod ist in diesem Land die erste Stadt, die vom ersten Stein an geplant worden ist. Nichts ist hier zufällig oder improvisiert. Das Straßennetz wie auch das Strom- und Wassernetz ist jetzt schon auf die zu erwartende Einwohnerzahl ausgerichtet wor-

Unsere Leser wird natürlich am Rande interessieren, daß entsprechend dem israelischen Schutzraumgesetz alle Häuser einschließlich der Schulen die vorschrittmäßigen Schutzräume haben.

Die Stadt ist eine reine Wohnstadt. Außerhalb des Ortes, mit Bussen leicht zu erreichen, liegen die Industriezentren und der Hafen. Hier werden synthetische Wolle, Kosmetika und Kraftfahrzeuge produziert. Hier haben die Menschen, die in den meisten Fällen erst angelernt werden mußten, Arbeit und Brot gefunden.

Viele der Bewohner können auch in dieser modernen Stadt ihre Herkunft nicht verleugnen. Sie haben die guten, aber auch

anwachsende Jugend würde durch die Schule und das Militär geprägt und sei infolgedessen ganz anders.

Nicht alle Einwanderer haben das Glück, in eine solch moderne Stadt einzuziehen zu können. Die meisten werden in Städten und größeren Dörfern untergebracht. Andere ziehen zu Verwandten oder schaffen sich aus eigener Initiative eine Bleibe. Viele finden auch ein Unterkommen in den Moschavim (Kleinbauernsiedlungen) oder in den Kibbuzim (Gemeinschaftssiedlungen). Für junge Menschen gibt es die Jugendliga. Sie bringt die Kinder aus aller Welt nach Israel und kümmert sich um ihr körperliches und seelisches Wohl. Viele Tausende von Kindern erhalten so in Siedlungen und Jugendheimen ihre Ausbildung in landwirtschaftlicher und anderer Arbeit.

Wer heute mit dem Wagen durch die bewohnten Stadtviertel von Ashdod fährt, wer über den modernen Rogozin Boulevard geht bis zum Strand des Mittelmeeres und über die Palmen und Blumenbeete hinweg auf das Meer und den Hafen schaut, wer mit dem Aufzug bis zu den Dachgeschossen der höchsten Gebäude fährt und von dort auf das Leben und Treiben ringsumher schaut, der kann das Glück derjenigen ermes- sen, die hier eine Heimat finden dürfen.

Ich dachte plötzlich an den Kaufmann aus Stuttgart, der im Flugzeug neben mir gesessen hatte. Ob er sich bei seiner Reise durch Israel auch solch markante Zeugen vom Aufbauwillen eines Landes ansehen würde, wie Ashdod es ist?

Wir sprachen auch mit Einwanderern aus Europa. Sie waren ebenso stolz und zufrieden wie alle anderen.

„Wir haben nicht nur Arbeit und Brot sowie eine anständige Wohnung“, sagten sie, „diese Stadt bietet auch genügend an kulturellen Einrichtungen wie an Möglichkeiten, in Klubs und Einrichtungen mit anderen Menschen zusammenzukommen.“

Jüdisch-arabisches Zusammenleben

Schon in der Israelischen Botschaft in Bad Godesberg hatte man uns vor unserer Reise geraten, die Stadt Akko zu besuchen, wenn wir im Zusammenhang mit unserer Berichterstattung etwas über das jüdisch-arabische Zusammenleben erfahren wollten. Herr Kalchheim, der von unserem Vorhaben erfuhr, bot uns freundlicherweise an, in seinem Pkw mitzufahren. Wir machten von dem Angebot gerne Gebrauch und trafen uns am Tage nach unserem Besuch in Ashdod morgens vor dem Gebäude der Jewish Agency in Tel Aviv. Wie jede Autofahrt durch Israel wurde diese Reise wieder zu einem interessanten Erlebnis, weil sie an vielen sehenswerten Stätten vorbeiführte.

Unsere Fahrt nach Akko, das am nördlichen Ende der Bucht von Haifa liegt, ging durch die zunächst sandige Dünenlandschaft nach Herzliya, eine nach Theodor Herzl benannte, im Jahre 1925 am Meer gegründete Siedlung, die heute ein bekannter Badeort ist. Von hier ging es weiter über die



den. Mit 350 000 Einwohnern soll Ashdod einmal die drittgrößte Stadt des Landes werden.

Die Stadt ist in lauter kleine Stadtteile eingeteilt. Fünf von ihnen stehen schon und sind zum Teil bewohnt. 16 Stadtteile, die alle eine gewisse Eigenständigkeit aufweisen werden, sollen es einmal sein. Jedes Viertel hat seine Schulen, Kinos, Geschäfte, Krankenkassen usw. Autobusse verbinden die einzelnen Viertel miteinander. Es gibt Kindergärten und Jugendheime, und es gibt gute und modern eingerichtete Wohnungen für die Menschen, die, aus aller Welt vertrieben, hier eine menschenwürdige Bleibe gefunden haben.

die schlechten Lebensgewohnheiten ihrer Ursprungsländer mitgebracht. Für europäische Begriffe sieht es um die neuen Häuser herum oft recht orientalisch aus. Aber die Stadtverwaltung von Ashdod ist tolerant wie alle Israelis, wenn es um das Zusammenschweißen von so vielen Menschen zu einem Volk geht.

Herr Admon, der Günter Sers und mich durch Ort und Hafen führte und uns alles zeigte, was wir sehen wollten, ja uns selbst in die Wohnungen der Leute führte, war auch der Auffassung, daß die schlechten Lebensgewohnheiten, die nicht in dieses moderne Stadtbild passen, im Laufe einer Generation verschwinden würden. Die her-

immer in erstklassigem Zustand befindliche Autostraße in Richtung Nathanya. Kurz vor dem beliebten Badeort, der einen der feinsten Sandstrände Israels hat, bogen wir ab nach Nordiya, einer kleinen Stadt, in der auch ausschließlich jüdische Flüchtlinge wohnen. Noch stehen hier die Barackensiedlungen, in denen sie wohnten, bevor sie in die großen modernen Häuser gezogen sind, die man gleich neben das alte Lager baute. Auf den Straßen wimmelte es nur so von Kindern. Allein 600 Einwohner dieser Stadt kommen aus Libyen. Überall sah man das Bemühen der Bewohner, durch das Anlegen von Gärten und das Anpflanzen von Bäumen den noch ziemlich neuen Ort wohnlicher zu machen. Hier wie überall sah man das charakteristische bunte Bild der im Winde flatternden, von Luft und Sonne trocknenden Wäsche.

Wir fahren weiter durch weites Agrarland, in dem vor allem Zitrusfrüchte angebaut werden. Der wunderbare Duft der Orangenhaine drang bis in unser Fahrzeug. Auch Bananfelder und Weinfelder sahen wir an beiden Seiten der Straße.

Wir bogen abermals von der Hauptstraße ab, und unser Gastgeber fuhr zu einer Ulpan-Schule, deren Zweck er uns an Ort und Stelle erläuterte.

Weil nur wenige Einwohner bei ihrer Ankunft im Lande die hebräische Sprache beherrschen, die Kinder gleich eingeschult werden, zielen die Bemühungen darauf hin, auch die Erwachsenen mit der Sprache vertraut zu machen. Zu diesem Zweck organisieren das Regierungsamt für bürgerliche Erziehung, die Ortsbehörden, die Jewish Agency, die Arbeitergewerkschaften und andere öffentliche Körperschaften Kurse in Hebräisch und anderen Fächern, Jugendklubs, Vorträge, Zusammenkünfte und Unterhaltungsabende.

Um aber Erwachsenen eine Intensivschulung zu vermitteln, hat man drei Arten von Kursen eingerichtet, die sich Ulpan (Mehrzahl Ulpanim) nennen und in denen nach modernen Methoden Hebräisch, aber auch Geschichte und Staatsbürgerkunde gelehrt werden. Es gibt Internats-Ulpanim, die fünf Monate dauern und hauptsächlich für Männer und Frauen in akademischen Berufen gedacht sind. Außerdem gibt es Kibbuz-Ulpanim, in denen die Teilnehmer sechs Monate lang vier Stunden täglich unterrichtet werden und als Gegenleistung für Verpflegung und Unterbringung Halbtagsarbeit leisten. Als dritte Art gibt es die externen Ulpanim, in denen auf die Dauer von vier Monaten Nachmittags- oder Abendkurse (12 bis 15 Stunden wöchentlich) erteilt werden.

Nach dem Besuch des Kibbuz-Ulpan besuchten wir im Verlauf unserer Fahrt in Haifa auch ein ganz modernes Ulpan, das erst im vergangenen Oktober eröffnet worden ist.

Als wir das Ziel unserer Fahrt, Akko, erreicht und uns von unserem Gastgeber verabschiedet hatten, sahen wir uns zunächst einmal in der Altstadt um. So viel an orientalischer Atmosphäre hatten wir hier nicht erwartet. Die ganze Altstadt liegt auf einer

Halbinsel und ist von einer gut erhaltenen Stadtmauer umgeben. Innerhalb dieser Stadtmauern gibt es ein Labyrinth von engen Gäßchen mit Basaren und winzigen Läden. Außerhalb der Mauer aber erstreckt sich die Neustadt mit modernen Wohnvierteln und dem Wirtschaftszentrum.

Hier in Akko wohnen Juden und Araber friedlich beieinander. Die Araber, die bei der Staatsgründung im Jahre 1948 nicht wie viele Hunderttausende ihrer Landsleute geflohen sind, gehen Handel und Wandel nach und leben ihr Leben, wie sie es seit eh und je gewohnt sind.

Akko hat eine alte und wechselreiche Geschichte. Der Ort wurde bereits um 1480

vor Christi in altägyptischen Berichten erwähnt. Schon im 2. Jahrhundert v. Chr. war die Stadt ein wichtiger Handelsplatz. Phönizier, Griechen, Araber, Römer und Türken regierten hier einst. Immer wieder hat die Stadt im Laufe ihrer Geschichte unter Bürgerkriegen und blutigen Zusammenstößen verschiedener politischer Mächtegruppen leiden müssen. Nach der Zerstörung durch Sultan Malik el Ahrif im Jahre 1291 lag die Stadt fast 500 Jahre lang in Trümmern, bis der Beduinenscheich Zahir el Amr sie 1749 zu seiner Residenz machte. 1799 wurde Akko von Napoleon 60 Tage lang vergeblich belagert.

Im Hafen von Akko sieht man heute nur

Unten: Dieser Araber in Akko verzinkt Töpfe und Pfannen. Seine islamischen Glaubensbrüder verdienen ihren Lebensunterhalt als Fischer, Händler und Handwerker.

Rechts: Eine jüdische Einwohnerin vor ihrem kleinen Laden, in dem es Schuhe, Töpferwaren und Reiseandenken gibt. Es ist kein modernes Geschäft, aber es ernährt sie.



noch kleine Fischerboote. Wegen seiner Versandung hat er an Bedeutung verloren.

Nirgendwo sonst habe ich Menschen so dicht nebeneinander leben sehen wie im Orient. Die flachen, sandfarbenen Häuser kleben aneinander. Fenster und Balkone hängen voll bunter Wäsche. Oft dienen auch die Flachdächer noch den Kindern als Spielplatz. Der Kinderreichtum ist auch hier enorm groß. Immer wieder umringten uns die Kleinen, um uns um einen Bakschisch anzubetteln, eine im ganzen Orient durchaus alltägliche Angelegenheit.



Um von der Stadt zunächst einen guten Gesamteindruck zu erhalten, bestiegen wir den pittoresk wirkenden Uhrturm der Säulenkarawanserei Khan el-Umdan. Der weite arkadengeschmückte Innenhof mit dem Marmorbrunnen in seiner Mitte stammt aus dem Jahre 1785, während der türkische Uhrturm erst 1906 gebaut wurde. Von hier aus hatten wir einen wundervollen Ausblick über Stadt und Hafen und das im gleißenden Sonnenlicht glitzernde Mittelmeer. Aus dem Meer der gelben, ineinandergeschachtelten Häuser erhob sich wirklich majestätisch die Ahmed-Jezzar-Moschee, die das Wahrzeichen Akkos ist. In dem blühenden, mit Palmen und Zypressen geschmückten Vorhof der Moschee liegt auch das Grab des Türken Ahmed, der einst Zahir el-Amr vertrieb und wegen seiner Grausamkeit den Beinamen Jezzar (Schlächter) trug.

Vom Uhrturm sahen wir auch die Zitadelle, die heute eine Nervenheilanstalt beherbergt, vor 1948 aber als Staatsgefängnis diente. Heute werden den Besuchern die Zellen gezeigt, in denen Angehörige der jüdischen Untergrundbewegung in Haft waren, sowie das Zimmer von Baha-Allah, einem Bahai-Apostel, der hier 1868 Gefangener der Türken war. Die Zitadelle wird auch denjenigen unter den Lesern, die den Film „Exodus“ gesehen oder das Buch gelesen haben, in Erinnerung sein.

Beim Gang durch die Straßen und Gassen vergaßen wir fast, daß wir uns in Israel befanden. Das Leben wird durch und durch von den arabischen Einwohnern geprägt. Die Männer tragen weiße Kopftücher mit Reifen, viele sieht man in der Galabiah, dem weißen Araberhemd. Die Frauen gehen zum Teil noch verschleiert.

Günter Sers war begeistert. Das waren Bilder, die auch für seine Arbeit etwas boten. Allerdings war es nicht immer einfach, Araber und Araberinnen zu fotografieren, da viele von ihnen sehr kamerascheu sind.

Wir gingen vorbei an Khan el-Franje, dem ältesten der drei großen Handelshöfe Akkos. Hier gründete Franz von Assisi 1208 das erste Franziskanerkloster im Heiligen Land, das heute noch steht. Über den stimmungsvollen Fischerplatz, wo die Fischer ihre Boote teerten und reparierten, gelangten wir zum Hafen, der wohl zu den schönsten Plätzen des Ortes zählt. Außerhalb des Seewalls ragen heute noch Reste der Kreuzfahrermole aus dem Meer.

Vor einem hübschen und recht sauber wirkenden kleinen Restaurant am Hafen nahmen wir Platz und bestellten uns eine Erfrischung sowie ein arabisches Gericht. Hier gab es einen erstklassigen Hummus. Die Grundlage dieses Essens ist die Kichererbse, die viele Stunden lang gekocht und dann ebenfalls sehr lange zu einem Brei verrieben wird. Dieser Erbsenbrei wird dann mit der öligen dickflüssigen Sesampaste vermischt, mit Salz, Zitrone und Knoblauch gewürzt, mit etwas Olivenöl übergossen und mit noch einigen, mir unbekanntem braunen, roten und ockerfarbenen Gewürzen bestreut. Dazu ißt man das arabische

Fladenbrot, hier Pitta genannt, das gleichzeitig das Besteck ersetzt. Man reißt kleine Stücke ab und formt sie zu einer Schaufel, die man in den köstlich schmeckenden Brei taucht. Zum Hummus, der nur eine Vorspeise ist, gibt es noch grüne, in Essig eingelegte Paprika, Oliven und Peperoni. Als Hauptspeise aßen wir Kabab, das sind lauter gegrillte Hammelfleischstückchen, dazu einen Salat aus kleingeschnittenen Tomaten, gehackter Petersilie und grünen Blättern, die unserem Kopfsalat ähnlich sind.

Bald brachen wir wieder auf, denn wir wollten noch viel sehen und hatten auch eine Menge Fragen. Wir wollten wissen, wie die Menschen hier leben, wie ihr Lebensstandard ist, welche Rechte und Pflichten sie haben, was zu ihrer Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sowie für ihre Erziehung und Kultur getan wird. Wir wollten Vergleiche haben, wenn wir später diejenigen Araber besuchten, die nach der Staatsgründung Israel verlassen haben und seitdem als Flüchtlinge leben.

Im Jahre 1966 gab es in Israel 312 000 Araber und Angehörige nichtjüdischer Gemeinschaften. Rund 60 000 von ihnen leben in Nazareth und Sehafa-Amr, zwei rein arabische Städte, und in sechs anderen Städten, deren Bevölkerung vorwiegend jüdisch ist. Außer den 22 500 halbnomadischen Beduinen leben die anderen Araber in Dörfern.

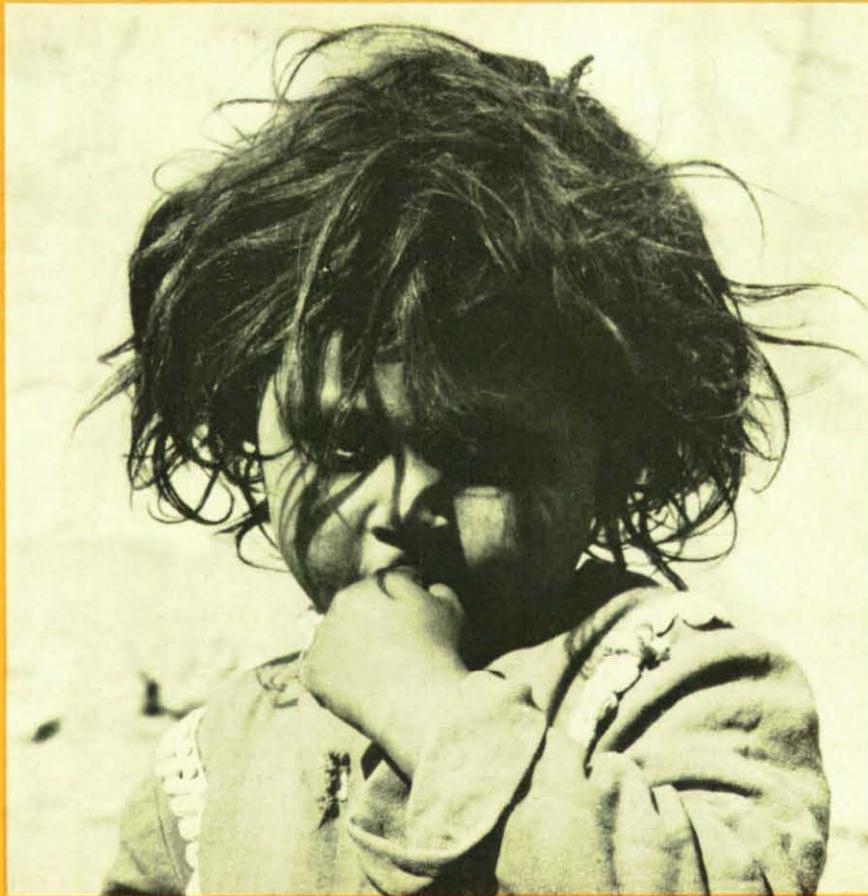
Israels demokratische Verfassung gewährleistet allen Bürgern Gleichheit vor dem Gesetz, ohne Unterschied der Rasse, Religion oder Sprache. Es wird in diesem Lande immer wieder betont und durch praktische Maßnahmen unterstrichen, daß es der Wille der Regierung und auch des Volkes ist, daß die arabischen Staatsbürger loyal zum Staate stehen, der ihnen jede Möglichkeit bietet, ihre eigene Kultur und ihre Tradition zu pflegen. So spielen die Araber auch im politischen Leben des Landes eine Rolle. Sie sind in der Knesset, dem Parlament, vertreten, sie (auch die Frauen) sind wahlberechtigt, und es wird vermerkt, daß die Wahlbeteiligung der arabischen Bevölkerung immer über dem Landesdurchschnitt der Wahlbeteiligung liegt.

Einen Unterschied gibt es jedoch: Araber in Israel leisten keinen Wehrdienst.

Die Regierung fördert auch die Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung durch die Gewährung von Zuschüssen. Die Araber, die noch in Dörfern mit rein arabischer Bevölkerung wohnen, haben an der Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards teilgenommen. Sie haben Wasserleitungen, Elektrizität und Kanalisation.

Rund 80 Prozent der arabischen Bauern bearbeiten ihren eigenen Boden. Sie erhalten von der Regierung Zuschüsse für die Bewässerung und Urbarmachung des Bodens. Sie erlernen verbesserte Anbaumethoden. Der Ertrag der arabischen Landwirtschaft ist in den 20 Jahren des Bestehens Israels um das Sechsfache gestiegen.

Die arabischen Arbeiter haben Anspruch



Alten und Jungen. Söhne und Töchter kleiden sich nicht mehr typisch arabisch, sondern mehr europäisch. Sie geben früher als bisher ihre Abhängigkeit gegenüber den Eltern auf. Hielten früher nur die Sippen- und Familienoberhäupter persönliche Kontakte zu den Behörden des Staates, den Gewerkschaften, den Parteien und anderen Organisationen, so unterhalten heute auch schon die jungen Leute diese Beziehungen. In engen Berührungen mit den Juden haben die jungen Araber gelernt, um die politische oder wirtschaftliche Macht in ihren Dörfern zu kämpfen. Immer mehr Jugendliche verlassen ihre Dörfer und finden Arbeit in gemischten oder jüdischen Städten. Auch immer mehr arabische Frauen treten in das Berufsleben ein.

Neue arabische Wohnhäuser sind äußerlich und innerlich denen der Juden sehr ähnlich. Selbst die Wohnungseinrichtungen gleichen einander immer mehr.

In den alten, winkligen Gassen von Akko drängen sich die Käufer vor den bunten Läden. Hier feilschen Juden und Araber gleichermaßen um den Preis von Orangen, Zitronen, Gemüse, Fleisch, Textilien, Schu-

Schüchtern und ein wenig verlegen schaut das kleine Arabermädchen in die Kamera. Sicher versteht sie das Interesse des Fotografen nicht. Aber konnte er an einem solchen Motiv vorbeigehen?

auf die gleichen Arbeitsbedingungen wie ihre jüdischen Kollegen. Dafür tritt auch die Histradut (Gewerkschaft) ein. Ebenso genießen die Araber den uneingeschränkten Schutz der staatlichen Sozial- und Arbeitsgesetze.

Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sind ebenfalls sehr verbessert worden. Arabische Dörfer haben Kliniken, die durch die Regierung und die Krankenkasse eingerichtet worden sind. Säuglingssterblichkeit und Krankheitsfälle nehmen ständig ab. Selbst die Beduinen, die Nomaden der Wüste, können an der Gesundheitspflege teilnehmen. Der Staat hat eine große Zahl von arabischen Wohlfahrtspflegern und -pflegerinnen eingestellt, die innerhalb der arabischen Gesellschaft eine bislang unbekannt entwickelte Entwicklung darstellen.

Auch im Volksbildungswesen gelten für Juden und Araber gleiche Bestimmungen. Dazu gehört der unentgeltliche einjährige Besuch des Kindergartens und der achtjährigen Elementarschule. Auf diesem Gebiet der Bildungsarbeit bedurfte es unter den Arabern größerer Anstrengungen als unter den Juden, weil die Zahl der Analphabeten sehr hoch lag, geeignete Lehrer erst herangebildet und Lehrbücher geschaffen werden mußten. Oft gab es Schwierigkeiten, weil mohammedanische Eltern ihre Töchter nicht zur Schule schicken wollten. Hierfür gab es religiöse Gründe, doch auch die Tatsache, daß die Mädchen für die Ar-

beit auf dem Felde gebraucht wurden, spielt eine Rolle. Besonders bemerkenswert ist auch, daß etwa ein Drittel der arabischen Lehrer Frauen sind.

Natürlich sind alle Schulbücher in arabischer Sprache abgefaßt, da der Grundsatz gilt, daß die israelischen Araber zuerst ihre eigene Sprache, Geschichte und Literatur lernen sollen. Danach lernen sie Hebräisch und dann Englisch. Auch im gesellschaftlichen und politischen Leben wird arabisch gesprochen. Arabische Abgeordnete sprechen von der Tribüne in der Knesset arabisch. Im Verkehr mit Behörden ist Arabisch gleichberechtigte Sprache. Münzen und Geldscheine tragen auch arabische Inschriften.

Die meisten Araber in Israel bekennen sich zum Islam. Sie genießen volle religiöse Unabhängigkeit. Die einzige Änderung, die Israel eingeführt hat, ist die Aufhebung der Mehrehe.

Die höchsten mohammedanischen Würdenträger sind die Kadis der mohammedanischen religiösen Gerichtshöfe. In den rund 100 Moscheen des Landes wird regelmäßig Gottesdienst abgehalten.

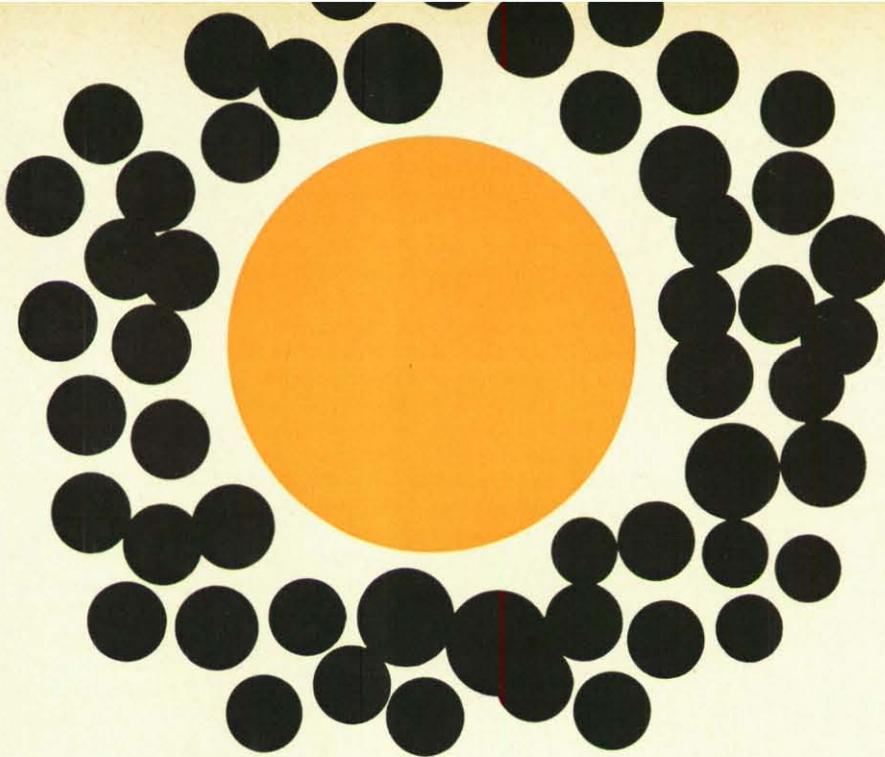
In Akko wie in anderen Orten, in denen Araber leben, konnten wir etwas feststellen, das uns später auch in den Flüchtlingslagern im Gazastreifen und in Westjordanien auffiel: die traditionelle patriarchalische Struktur der arabischen Familie löst sich allmählich auf. Es gibt Konflikte zwischen

hen und Hausrat. Hier herrscht keine Not. Es gibt alles zu kaufen. Für die Polizisten, die man hier und da sieht, gibt es nirgendwo Grund, einzuschreiten. Hier liebt man den Schatten. Die Gassen sind nach oben durch Tücher, Sackleinen, Wellbleche und Vorhänge, so gut wie es geht, gegen die Sonnenstrahlen geschützt. Aus den Häusern dringt Radiomusik, für unser Ohr ein-tönige Weisen.

Wer nicht handelt, betreibt ein Handwerk oder eine Gaststätte. Alle Türen und Fenster sind offen. Vieles von dem, was an Eßbarem angeboten wird, wird unter freiem Himmel gebraten, gegrillt und gesotten. Die Gerüche von heißem Fett und Hammelbraten, von arabischen Gewürzen, von Fischen und anderen Seetieren ziehen durch die Gassen. Echter orientalischer Markt, unvergeßbar für alle, die ihn gesehen und erlebt haben.

Zwischen Juden und Arabern, die hier wohnen, herrscht Frieden. Sie alle betrachten sich als Israelis. Wie zufrieden die Araber sein können, die sich entschieden haben, ihren Lebensunterhalt in Israel, das auch ihre Heimat ist, zu verdienen, statt ein ungewisses Flüchtlingschicksal auf sich zu nehmen, das konnten wir erst so recht ermessen, als wir einige Lager für Palästinaflüchtlinge besuchten.

Im nächsten Heft berichten wir weiter.



Das Ascheberger Gespräch

BLSV-Landesschule erfüllt Informationsauftrag

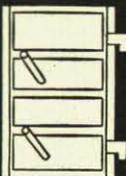
Von Dr. Werner Lennartz

Schloß Ascheberg am Plöner See, die Landesschule des Bundesluftschutzverbandes für Schleswig-Holstein und Hamburg, hat in fast 12jährigem Wirken als Ausbildungszentrum des Selbstschutzes Rang und Geltung im Land zwischen Ost- und Nordsee erlangt. Wer sich mit den Disziplinen der Selbsthilfe vertraut machen und Kenntnisse für die Bewältigung der Aufgaben in Ausbildung und Führung des Selbstschutzes erwerben will, reist gern zu der Landesschule in reizvoller Insellage, um in der hier gebotenen Konzentration die aus Amt und Funktion im BLSV sich stellenden Probleme einmal aus der Gesamtschau des Zivilschutzes heraus durchdenken und diskutieren zu können. Ascheberg ist so für die Helfer im Lande nicht nur Ausbildungsstätte, sondern im echten Sinne des Wortes „Stätte der Begegnung“. Sie ist das Herzstück des gesamten Verbandslebens und somit für das Wachstum eines fachlichen Bewußtseins unentbehrliche Voraussetzung.

Eigene fachliche Unterrichtung war von jeher und ist bis heute für den BLSV-Helfer die Ausgangsposition für die Handhabung und Bewältigung der Aufgaben, die sich dem Verband in den Bereichen der Ausbildung und der Mitwirkung am Aufbau des Selbstschutzes stellen. Die Übernahme von Verantwortung in fachlichen Funktionen hat fachliches Wissen und Können zur unabdingbaren Voraussetzung. Fachlehrgänge in Brandschutz, in der Rettung, in den Spezialgebieten der ABC-Angriffsmittel sowie in der Führung des Selbstschutzes sind somit Wesensteil des auf Amt und Funktion im BLSV bezogenen Ausbildungsprogramms der Landesschule.

Es hieße jedoch das Wesen einer Selbstschutzbetreuung, die der BLSV als sein Anliegen und seinen Auftrag versteht, unterschätzen und verkennen, wollte man in der fachlichen Wissensvermittlung und Ertüchtigung das alleinige und ausschließliche Element des Helfens im Selbstschutz und für den Selbstschutz sehen. Nicht zufällig

hat der Gesetzgeber an den Anfang des Aufgabenkatalogs für den BLSV die Aufklärung gestellt. Aufklärung der Bevölkerung über Gefährdungen aller Art, wahrgenommen durch die Fachorganisation des Selbstschutzes, bedeutet doch Einordnung dieser Fachorganisation BLSV in den Wirkungsbereich der staatspolitischen Bildungsarbeit, wodurch allein gewährleistet werden kann, daß der BLSV-Helfer überhaupt unmittelbaren Anteil an der aktuellen Auseinandersetzung nehmen kann. Den Informationsauftrag ernst nehmen, ihn einbeziehen in das Verbandsleben, ihm die zentrale Stellung einräumen, die ihm gebührt, bedeutet konsequentes Engagement auch aller Ausbildungseinrichtungen des Verbandes, vornehmlich aber der Landesschulen als den natürlich gewachsenen Stätten persönlicher Begegnung im Aufgabenbereich der Aufklärung. Neuland für die Landesschulen insofern, als hier die Gelegenheit geboten ist und zielstrebig genutzt werden sollte, über das bisher nur



* alle geprüft
und zugelassen

Schutzraum

Türen und Abschlüsse

... natürlich von

Schwarze

Drucktüren u. -klappen
Notausstiegluken
Gastüren u. -klappen

Deutsche Metalltüren-Werke Aug. Schwarze AG · Post: 4801 Quelle

verbands- und funktionsbezogene Wirken hinaus unmittelbar in die Öffentlichkeit auszustrahlen und aus der öffentlichen Auseinandersetzung rückwirkend Impulse für das interne Verbandsleben zu gewinnen.

Neben die Fachlehrgänge als die kontinuierliche Wissensvermittlung an die BLSV-Helferschaft muß somit eine kontinuierliche Information treten, die sich in gleicher Weise an das eigene Helfertum wie an die Öffentlichkeit richtet. Neben den Monolog des Ausbilders tritt als neuartiger Versuch der Verständigung der Dialog mit dem Aufklärer. Unterrichtung und Belehrung finden ihre natürliche Ausweitung, Ergänzung und Sinngebung im Gespräch. Die Landesschule wird somit nicht nur zur Stätte fachlicher Bewußtseinsbildung, sondern auch zum Zentrum für Ausbreitung und Wachstum eines Selbstschutzbewußtseins im Lande.

Damit ist Sinn, Zielsetzung und Methode jener Informationsmaßnahme umrissen, die auf der Landesschule Schleswig-Holstein unter dem Namen „Das Ascheberger Gespräch“ um die Jahreswende einen verheißungsvollen Anfang genommen und in einer nachhaltigen Resonanz erfreuliche Bestätigung gefunden hat. So wurde nach einem erfolgreichen ersten Versuch gleich die Forderung nach Fortsetzung erhoben, die in einer vierteljährlichen Wiederkehr des „Ascheberger Gesprächs“ im Veranstaltungskalender der Landesschule fortan ihre planmäßige Berücksichtigung findet.

Aufgabenträger des BLSV, die der Öffentlichkeitsarbeit in besonderer Weise aufgeschlossen gegenüberstehen, treffen sich auf Ascheberg zu einem Dialog unter einem tagespolitisch aktuellen Thema mit Persönlichkeiten, die zum jeweiligen Thema besondere Beziehungen haben.

Es sind dies Repräsentanten von Institutionen oder Verbänden, Politiker, Journalisten, Fachexperten, die hier in kurzen Referaten zu Wort kommen und anschließend mit den anwesenden Vertretern des BLSV diskutieren. Die Ausgiebigkeit der Diskussion ist gewährleistet dadurch, daß sich die Veranstaltung von Freitag auf den Sonnabend erstreckt, daß also die Gelegenheit zu offiziellem gemeinsamem Disput ebenso geboten ist wie die zu nachfolgenden persönlichen Gesprächen am Abend. Der Rahmen, den das Schloß für diese Begegnung bietet, verbürgt die Atmosphäre, aber auch die menschliche Nähe, die einen solchen Dialog nur vorteilhaft zu befruchten vermag. Worüber wird nun diskutiert im „Ascheberger Gespräch“? Staatspolitische Aktualität gewiß, für die allgemeines Interesse vorausgesetzt werden kann. Sie allein aber würde noch keineswegs die Berechtigung für ein Begegnen im Hause des BLSV und für einen aus Mitteln des Verbandes zu bestreitenden Aufwand ergeben, wenn sie nicht in Zusammenhang mit dem Informationsauftrag des BLSV stünde und aus ihm heraus interpretiert und diskutiert würde. Hier stellt sich allein in der Auswahl geeigneter Themen eine hohe Verantwortung. Sie ist dem Helfer gegenüber ge-

ben, den es zu informieren gilt über die Umwelt, in die sein Amt und seine Funktion gestellt sind; sie ist der Öffentlichkeit gegenüber gegeben, die informiert werden will über die Art, wie der BLSV zur Zeit und zur Umwelt sein Verhältnis sucht und findet. Getragen wird somit das „Ascheberger Gespräch“ von der Erkenntnis, daß nur der informieren kann, der ein Informierter ist! Dem BLSV-Helfer soll in diesen Begegnungen die Brücke des Verstehens und Wertens gebaut werden zu seiner Umwelt, in die er sein Anliegen des Selbstschutzes zu tragen hat. Den Repräsentanten des öffentlichen Lebens soll hier ein Wissen vom Wesen des gemeinnützigen Helfertums im BLSV, seinem Auftrag, seinen Problemen und seinen Wirkungsmöglichkeiten vermittelt werden. Es gibt wohl kaum eine bessere Möglichkeit zum gegenseitigen Verstehen als das Gespräch, in dem Vorbehalte abgebaut und Erkenntnisse unterbaut werden. Die gewählten Themen geben und geben hierfür guten und ergiebigen Nährboden.

Vom Unbehagen handelte das Thema des ersten „Ascheberger Gesprächs“, bei dem versucht wurde, die Fülle und Tiefe der Argumentation aus dem geistig-weltanschaulichen Raum auszuloten, die sich zuvor anlässlich der BLSV-Tagung auf der Evangelischen Akademie in Bad Boll dargestellt hatte. Bad Boll war gewissermaßen der Geburtsort für die Idee, in Auswertung der hier gebotenen Diskussion ein ständiges Informationsgespräch auf Landesebene zu inszenieren mit den gleichen Zielen einer Annäherung von Menschen, Standpunkten und Bekenntnissen. Es wurde, wie schon angeführt, ein durchschlagender Erfolg, der zur Fortführung der hier versuchten Initiative berechtigte.

„Wo steht die junge Generation heute?“ In gleichem Maße aktuell wie obiges Thema, erbrachte auch dieses Problem des zweiten „Ascheberger Gesprächs“ eine Fülle von Anschauung und Wertungsgrundlagen, diesmal für ein besseres Verständnis unserer Jugend. Hierzu konnten die wissenschaftlich fundierten Analysen des Beauftragten für die staatspolitische Bildung in Schleswig-Holstein ebenso erschöpfend beitragen wie die sorgfältige Datenvermittlung eines Jugendrichters zum Thema der Jugendkriminalität. Über die Möglichkeiten des Engagements der Jugendlichen im Bereich der staatsbürgerlichen Mitverantwortung auf der Grundlage der hier gebotenen Information zu diskutieren und im Erfahrungsaustausch über Wege der Aktivierung der Jugendarbeit im BLSV und im Selbstschutz nachzusinnen: das war der verbands- und funktionsbezogene Ertrag dieses geradezu zeitbedingten Informationsgesprächs.

Für die beiden weiteren diesjährigen Informationsvorhaben Aschebergs sind die Planungen abgeschlossen: In die zeitliche Nähe der Kieler Woche wird das dritte „Ascheberger Gespräch“ gerückt sein, das die nachbarliche Verbundenheit und Verflechtung Schleswig-Holsteins mit den nor-

dischen Ländern im Bereich der Zivilverteidigung zum Inhalt haben wird. Redakteur Riggert (Haus Rissen) und ein Beauftragter der Landesregierung sind berufene Interpreten für das Thema: „Die Zivilverteidigung Skandinaviens und Schleswig-Holsteins!“ Ein lebhafter Meinungsaustausch wird mit Recht erwartet, nicht minder ein Anschauungsgewinn in bezug auf Gemeinsamkeiten und Besonderheiten des Zivilschutzes in den Ländern des Ostseeraumes. Selbstschutzerfahrungen in Israel will das vierte „Ascheberger Gespräch“ zur Diskussion stellen, um Möglichkeiten und Grenzen einer im Ernstfall praktizierten Selbsthilfe kennenzulernen und daraus möglicherweise Folgerungen für die Betreuungsarbeit des BLSV ziehen zu können. ZB-Redakteur Freutel wird hier mit einer Vielfalt von Beobachtungen und Erfahrungen aufwarten und damit interessante Vergleichsmöglichkeiten mit Erfahrungen aus dem letzten Weltkrieg bieten können. Hier wird die Diskussion vor allem die Kernfrage betreffen, ob und wie weit Selbsthilfe des Reglements, der Organisation und der Vorbereitung bedarf, um im Ernstfall funktionieren zu können.

Soviel zu den Themen! Nun noch ein Wort zur Organisation des „Ascheberger Gesprächs“. Liegt, wie schon festgehalten, eine große Verantwortung bereits in der Auswahl geeigneter Themen und der hierfür zu gewinnenden Experten, ist ein gleiches Aufgebot an verantwortlicher Leitung erforderlich, um dem jeweiligen Informationsvorhaben zu einem nachhaltigen Erfolg zu verhelfen. Schließlich soll das Thema hochaktuell, für BLSV und Öffentlichkeit in gleichem Maße bedeutsam und für die Selbsteinschätzung der Aufklärungsarbeit im BLSV ertragreich sein. Das setzt beim Gesprächsleiter eine besondere Aufgeschlossenheit für die spezielle Problematik voraus, die sich nicht nur auf der Grundlage einer umfassenden Allgemeinbildung anbietet, sondern vor allem durch intensive geistige Vorbereitung auf das jeweilige Thema ergibt. Will das „Ascheberger Gespräch“ zu einem festen Bestandteil des Lehrprogramms der Landesschule werden, verlangt die Kontinuität dieses Informationsvorhabens in Vorbereitung, Durchführung und Auswertung einer beständigen, zielbewußten Handhabung, einer einheitlichen Leitung und einer sachkundigen Repräsentanz. Dies ist in der Person des Staatsanwalts i. R. Dr. Heyck (Kiel) in vorzüglicher Weise gegeben. Verfügt er doch nicht nur über die fachliche Qualifikation des Selbstschutzlehrers und Aufklärungsredners im BLSV, sondern über besondere Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit aus seiner langjährigen Tätigkeit als Leiter der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Kiel. BLSV-Landesschule übt Information. Wir alle, die wir ein Amt in diesem Verband einnehmen, haben uns in dieser Aufgabe mehr als bisher zu üben. Das „Ascheberger Gespräch“ ist ein Versuch auf diesem Gebiet, ein Weg neben sicherlich anderen beschreibbaren. Wichtig, daß dieser Weg uns das Neuland der Information erschließt. ■

Rettet die Selbst- schutzzüge!

**Gedanken zum Entwurf
eines Gesetzes über die Erweiterung
des Katastrophenschutzes**

Von Walter Haag, Bad Godesberg

Am 29. März 1968 wurde im Deutschen Bundestag der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes in erster Lesung beraten. Ziel dieses Gesetzentwurfes soll es sein, für den Selbstschutz der Bevölkerung und für seine Ergänzung durch örtliche Hilfsverbände eine neue gesetzliche Grundlage zu schaffen, da es für notwendig erachtet wird, den Willen und vor allem auch die Fähigkeit des Bürgers zur Selbsthilfe zu fördern und die vorhandenen Kräfte des friedensmäßigen Katastrophenschutzes für den Verteidigungsfall zu verstärken und zu ergänzen.

Kann dieses Ziel, was den Selbstschutz betrifft, mit den Vorschriften dieses Gesetzentwurfes erreicht werden?

Dabei erhebt sich als erstes die Frage, ob es nicht nur zweckmäßig, sondern dringend geboten sein dürfte, jedes dieser Aufgabengebiete — Selbstschutz und Erweiterung des Katastrophenschutzes — in gesonderten Gesetzen zu regeln. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Bundesrat am 10. November 1967 hat Minister Dr. Schlegelberger (Schleswig-Holstein) als Berichterstatter dazu festgestellt: „Das Gesetz sieht darüber hinaus noch Regelungen für den Selbstschutz und die Aufenthaltsregelung vor. Damit werden allerdings Bestimmungen aufgenommen, die systematisch mit der Erweiterung des Katastrophenschutzes an sich nichts zu tun haben. Allen systematischen Bedenken zum Trotz hat der Innenausschuß jedoch allein aus prak-

tischen Erwägungen, daß nämlich eine besondere gesetzliche Regelung dieser Materie wenig Aussicht auf Erfolg hätte, seine Bedenken im Interesse einer schnellen Regelung zurückgestellt. Hierbei müssen jedoch durch eine genauere Interpretation Bedeutung und Auftrag des Selbstschutzes eindeutiger festgestellt werden.“

Entscheidend sollten jedoch nicht Fragen der Systematik sein, sondern allein Überlegungen darüber, ob nicht ein gesondertes Selbstschutzgesetz dem Auftrag und der Bedeutung des Selbstschutzes mehr gerecht wird und ob die im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Vorschriften ausreichen und geeignet sind, den notwendigen Willen und die Fähigkeit des Bürgers zur Selbsthilfe zu fördern.



Freiwillige ließen sich in den Selbstschutzzügen ausbilden, um in Notfällen wirksame Rettungsmaßnahmen und eine erste Schadenbekämpfung durchführen zu können.

Nach wie vor muß, wie es in der Begründung zum 1965 verabschiedeten Selbstschutzgesetz hieß, der Selbstschutz als Kernpunkt des Zivilschutzes angesehen werden, ohne den alle behördlichen Hilfs- und Rettungsaktionen von nur geringem Wert sein werden. Dieses „Kernstück“ sollte ebenso wie Schutzraumbau und behördlicher Hilfsdienst in einem gesonderten Gesetz geregelt werden. Der Bürger, dessen Wille zur Selbsthilfe geweckt und gestärkt werden soll, wird sich eindringlicher ange-

einen Katalog der Fachdienste darstellt*) und die Aufgabe aller Fachdienste in der Unterstützung und Ergänzung des Selbstschutzes besteht, dürfte das nur als ein Hinweis auf die Selbstschutzzüge verstan-

Die Kraftspritzenstaffel eines Selbstschutzzuges löscht Entstehungsbrände ab und verhindert die Ausbreitung größerer Brandherde bis zum Eintreffen stärkerer Brandschutzeinheiten

ihre Ausrüstung aus Bundesmitteln wurde für notwendig gehalten, weil sie für wirksame Rettungsmaßnahmen und eine erste Schadensbekämpfung von besonderer Bedeutung sind und ein notwendiges und unentbehrliches Bindeglied zwischen dem Selbstschutz und dem behördlichen Luftschutzhilfsdienst darstellen **). Daran dürfte sich nichts geändert haben. Es können also nur finanzielle Erwägungen für den Verzicht auf die Beschaffung der Ausrüstung für weitere Selbstschutzzüge maßge-



sprochen fühlen, wenn diese Selbsthilfe eines eigenen Gesetzes für wert erachtet wird, das die Materie überdies auch vollständig regelt. Bei der Mitbehandlung des Selbstschutzes in einem Gesetz zur Erweiterung des Katastrophenschutzes würde der Bürger nicht unmittelbar angesprochen und müßte nähere Bestimmungen über die notwendigen Selbsthilfemaßnahmen in allgemeinen Verwaltungsvorschriften suchen.

Der Gesetzentwurf enthält im § 4 Bestimmungen über Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzes. Die im Absatz 1 enthaltene Aufzählung der dem erweiterten Katastrophenschutz zugewiesenen Aufgabenbereiche enthält außer Brandschutz, Bergung und Instandsetzung, ABC-Schutz usw. auch den Aufgabenbereich „Unterstützung des Selbstschutzes“. Da diese Aufzählung der Aufgabenbereiche zugleich

den werden können, die nach dem Gesetzentwurf in den Katastrophenschutz der kreisfreien Städte und Landkreise übergeleitet werden sollen.

Mit dem Erlaß über die Neugliederung des Selbstschutzes vom 22. September 1960 hat der Bundesminister des Innern den Bundesluftschutzverband beauftragt, im Rahmen der von ihm durchzuführenden Organisation und Ausbildung freiwilliger Helfer für den Selbstschutz, Selbstschutzzüge aufzustellen. Ab Rechnungsjahr 1961 wurden Bundesmittel für die Ausrüstung der Selbstschutzzüge zur Verfügung gestellt. Bis 1967 wurde die Ausrüstung für 1095 Züge beschafft und hierfür insgesamt etwa 13 Mio DM ausgegeben. Ab 1968 stehen nunmehr Haushaltsmittel für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung.

Die Aufstellung der Selbstschutzzüge und

bend sein. Soweit ein solcher Verzicht nur als vorübergehende Maßnahme gedacht ist, wird man dafür Verständnis haben können. Sollte jedoch daran gedacht sein, zukünftig grundsätzlich auf die Aufstellung neuer Selbstschutzzüge und ihre Ausrüstung zu verzichten, so wäre das ein schwerwiegender Entschluß. Mit einer Summe von weniger als einer halben Million DM pro Jahr könnte die Ausrüstung von jeweils 30 Selbstschutzzügen beschafft werden. Rechtfertigt die Einsparung einer solchen Summe bei 450 Mio DM jährlichen Gesamtaufwendungen für den Zivilschutz den Verzicht auf eine so notwendige und unentbehrliche Einrichtung?

Auf jeden Fall aber sollte alles getan werden, um die 1095 ausgerüsteten Selbstschutzzüge in ihrer Substanz zu erhalten. Ob das durch eine Eingliederung in den

Katastrophenschutz der kreisfreien Städte und der Landkreise geschehen kann, erscheint in mehrfacher Hinsicht fraglich.

Nach Aufgabe, Stärke und Ausrüstung bedeuten sie für den Katastrophenschutz keine Verstärkung und können dort nie etwas anderes sein als ein Fremdkörper. Ihr Einsatzbereich und ihre Einsatzmöglichkeit sind begrenzt und gehen über die Nachbarschaftshilfe innerhalb eines Wohnbereichs von etwa 5000 Einwohnern nicht hinaus. Im Katastrophenschutz haben sie keine Trägerorganisation. Werden die einzelnen Staffeln auf bestehende Katastrophenschutzorganisationen aufgeteilt, so bedeutet das mit Sicherheit das Ende dieser Selbstschutzeinrichtung. Die Einsatzbereitschaft der Helfer, die sich bisher freiwillig für den Dienst an der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt haben, wäre schlecht belohnt, und alle Mittel, die bisher für Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung der Selbstschutzzüge angewendet wurden, wären nutzlos vertan. Dagegen könnte die Substanz erhalten werden, sofern man sich entschließt, die Selbstschutzzüge auch in den Landkreisen den Gemeinden zur Verfügung zu stellen und in der Betreuung durch den Bundesluftschutzverband zu belassen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen zukünftig, so wie es bereits das Selbstschutzgesetz vorsah, Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes den Gemeinden obliegen. Beim Aufbau des Selbstschutzes gab es bisher als Gliederungen die Selbstschutzgemeinschaft, den Selbstschutzteilbezirk und den Selbstschutzbezirk und als freiwillige Selbstschutzhelfer Selbstschutzwarte, Melder sowie Leiter von Selbstschutzteilbezirken und Selbstschutzbezirken. Weder im Gesetzestext noch in der Begründung finden sich Angaben darüber, ob zukünftig auch die Gemeinden von diesen Organisationsformen auszugehen haben. In der Begründung heißt es dazu lediglich, daß ge-



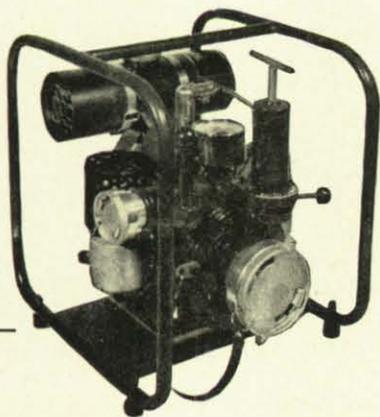
Jedes Mitglied eines Selbstschutzzuges ist in der Laienhilfe ausgebildet. Außerdem ist es die Hauptaufgabe der Laienhelferstaffel, sich Verletzte anzunehmen und sie aus der Gefahrenzone zu bringen.

wisse organisatorische Grundlagen geschaffen werden müssen, um sowohl die Aktionen des einzelnen Bürgers als auch die behördlichen Hilfsmaßnahmen zur Wirkung zu bringen. Gleichgültig jedoch, ob

der Aufbau des Selbstschutzes nach den gleichen Grundsätzen wie bisher erfolgen soll oder ob die vorgesehenen allgemeinen Verwaltungsvorschriften Änderungen vorsehen werden, auf freiwillige Selbstschutzhelfer als Selbstschutzwarte usw. wird man nicht verzichten können. Damit ergibt sich aber die Notwendigkeit, die Rechtsverhältnisse dieser Helfer, die nicht Helfer von öffentlichen oder privaten Katastrophenschutzorganisationen sind, gesetzlich zu regeln. Diese freiwilligen Selbstschutzhelfer müssen von der Gemeinde bestellt und mit ihrer Aufgabe betraut werden, wobei zwischen dem Helfer und der Gemeinde ein auf dem Fürsorge- und Treuegedanken beruhendes öffentlich-rechtliches Auftragsverhältnis eigener Art begründet wird. Die Gemeinde muß verpflichtet werden, dem Helfer eine Ausbildung für die ihm übertragenen Aufgaben und den Ersatz für Aufwendungen, Unfallversicherungsschutz usw. zu gewähren. Der Selbstschutzhelfer muß sich verpflichten, die ihm übertragene Aufgabe gewissenhaft wahrzunehmen, den dienstlichen Anordnungen Folge zu leisten, sich ausbilden zu lassen und eine nicht nur vorübergehende Unfähigkeit zur Wahrnehmung seiner Aufgaben rechtzeitig anzuzeigen. Ergänzend könnten auf das Rechtsverhältnis eines Selbstschutzhelfers die jeweils geltenden landesrechtlichen Bestimmungen für die Freiwilligen Feuerwehren entsprechend angewendet werden, insbesondere hinsichtlich der Voraussetzungen der Bestellung und der Beendigung des Rechtsverhältnisses. Diese notwendigen gesetzlichen Regelungen sind in dem Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes nicht enthalten.

*) Siehe Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates (Bundestag-Drucksache V/2585, S. 15).

***) Siehe Bekanntmachung des Bundesministers des Innern vom 31. Oktober 1960 (GMBI. 1960, S. 487).



MINIMAX

liefert alles für den Zivilschutz

Technische und persönliche Ausrüstungen für Brandschutz, Rettung und Laienhilfe

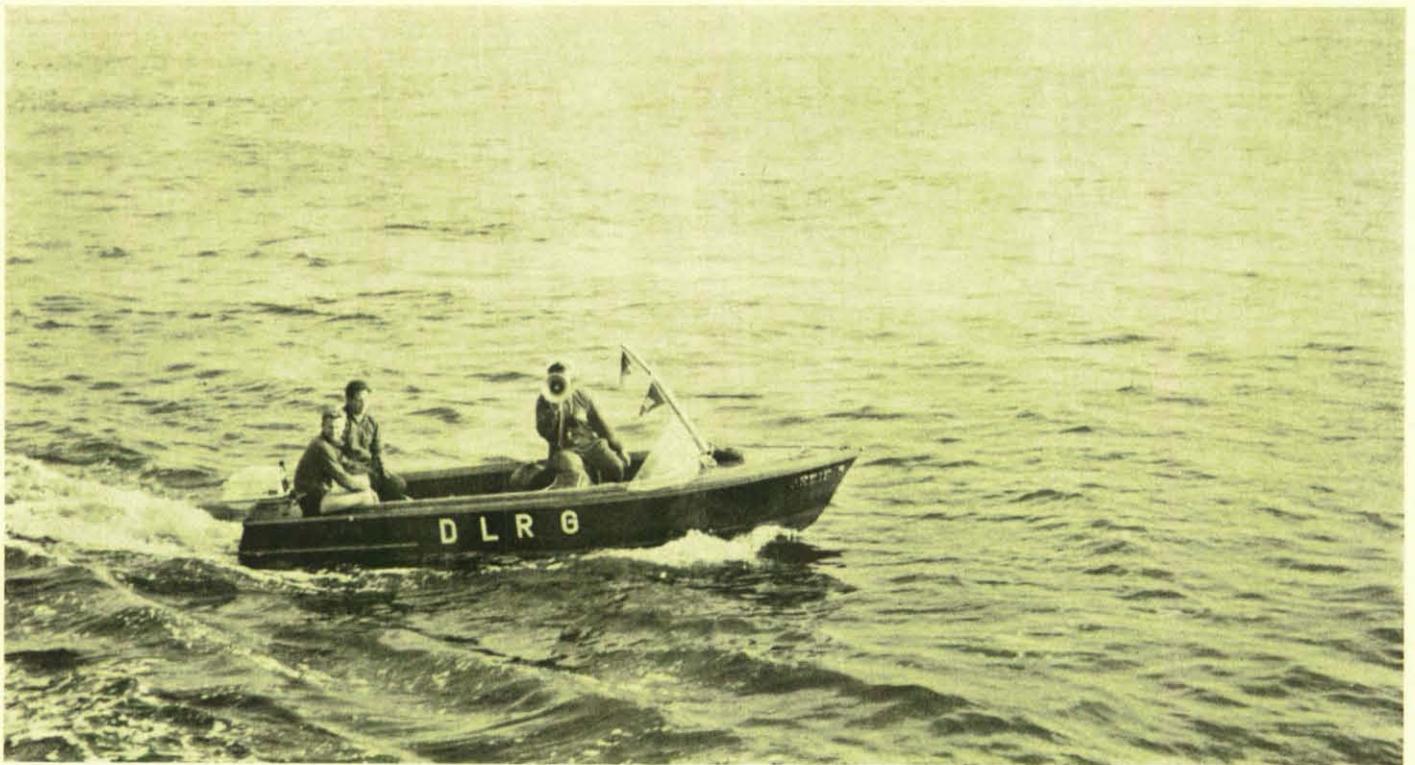
Nebenstehendes Bild zeigt die neue leistungsfähige Kleinmotorspritze TS 05/5 MOTOMAX

MINIMAX - Aktiengesellschaft, 7417 Urach / Württ.



Im Zeichen des spähenden Adlers

55 Jahre DLRG



Wenn Hilfeschreie über das Wasser gellen, setzen Rettungsschwimmer ihr Leben ein, um das anderer Menschen zu retten. Nur in den wenigsten Fällen kann man darüber etwas lesen, denn die Mitglieder der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) lieben es nicht, von ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit viel Aufhebens zu machen. Sie haben sich aus Idealismus dem „spähenden Adler“ verschrieben, der seit nunmehr 55 Jahren das Symbol der DLRG ist. Mehr als ein halbes Jahrhundert sorgt sie bereits für die Sicherheit an den bewachten Badestellen in Deutschland.

Mehr oder weniger lokal begrenzte Rettungsanstalten gab es schon Ende des 18. Jahrhunderts in Holland, Frankreich, Dänemark, Hamburg und Lübeck. Aber erst die Engländer waren es, die mit der Royal Life Saving Society die planmäßige Bekämpfung des „nassen Todes“ vornahmen. Sie organisierten die Ausbildung von Rettungsschwimmern. Diese Idee fand auch viele Freunde in

Deutschland. Aber erst ein schreckliches Unglück führte schließlich zu der immer wieder geforderten Gründung einer über ganz Deutschland verbreiteten Lebensrettungsgesellschaft.

Das Unglück geschah am 28. Juli 1912 in Binz auf Rügen. Beim Einsturz der rund 800 m in die Ostsee hinausragenden Landungsbrücke ertranken 17 Menschen. Zum ersten Male wurde in der deutschen Öffentlichkeit mit Nachdruck deutlich, wie rückständig man noch in der Ausbildung im Rettungsschwimmen und in der Wiederbelebung Ertrunkener war.

Idealisten des Deutschen Schwimm-Verbandes und der Deutschen Turnerschaft schlossen sich zusammen. 48 bekannte Persönlichkeiten unterschrieben einen Aufruf, der zur Gründung einer Lebensrettungsgesellschaft aufforderte. Am 19. Oktober 1913 war es soweit. In Leipzig wurde die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft ins Leben gerufen.



Drei wichtige Baderegeln!

- Gehe nie erhitzt oder mit vollem Magen ins Wasser!
- Benutze keine schwimmbaren Untersätze, wie Luftmatratzen, Autoschlauche u. ä.!
- Springe nie in unbekanntes Gewässer!

Lerne
schwimmen
und retten!

DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft gibt nicht nur gute und lebenswichtige Ratschläge. Im Kampf gegen den nassen Tod bildet sie Schwimmer und Rettungsschwimmer aus und baut den Rettungswachtdienst (links) aus.

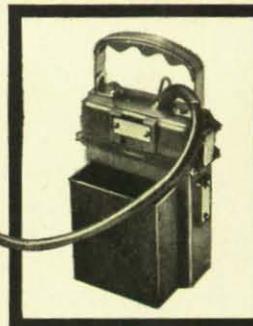
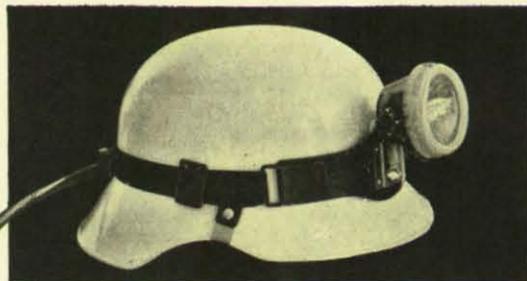
Überall sah man bald ihr Zeichen: den mit gelüfteten Schwingen verharrenden Adler, der nach den mit den Wellen ringenden Menschen ausspäht. In den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens bildete die DLRG bereits mehr als eine Million Rettungsschwimmer aus. Tausende Menschen wurden vom Tode des Ertrinkens gerettet. Unbeirrbar durch politische Einflüsse ging die DLRG ihren Weg, wenngleich auch manche Rückschläge durch Inflation und zwei Weltkriege in Kauf genommen werden mußten.

Nach 1945 begann man wieder von vorn. Bereits 1950 umfaßte die DLRG in der Bundesrepublik über 28 000 Mitglieder. Heute sind es in den 14 Landesverbänden rund 230 000. An fast 1500 Badestellen im Bundesgebiet hat die DLRG, an deren Spitze als Präsident der Oberstadtdirektor von Oberhausen, Dr. Werner Peterssen, steht, ihre Wachstationen errichtet. Dort leisteten Rettungsschwimmer allein im vergangenen Jahr mehr als 1,3 Millionen freiwillige Wachstunden. Für den Rettungswachtdienst standen 1967 neben 437 Motorbooten insgesamt 334 Ruderboote, 195 Rettungsbretter, 667 Wiederbelebungs- und 953 Tauchgeräte sowie 87 Einsatzwagen und 349 Funksprechgeräte zur Verfügung.

Was die Mitglieder der DLRG, die ihre Freizeit und sogar den Urlaub für den Rettungswachtdienst opfern, allein in den letzten 18 Jahren geleistet haben, dokumentiert insbesondere eine Zahl: Fast 38 000 Menschen wurden vor dem Ertrinken gerettet, darunter über 6300 unter besonders schwierigen Umständen. Damit ist praktisch die Bevölkerung einer mittleren Stadt dem Leben erhalten geblieben. Außerdem haben die Rettungsschwimmer seit 1950 aber auch noch in mehr als 341 000 Fällen „Erste Hilfe“ geleistet.

Neben dem Rettungswachtdienst hat man sich aber in verstärktem Maße der Ausbildung von Schwimmern und Rettungsschwimmern gewidmet, getreu dem Motto, das sich die DLRG bei ihrer Gründung gab: „Jeder Deutsche ein Schwimmer – jeder Schwimmer ein Retter!“ Von diesem Ziel ist man noch weit entfernt. Aber immerhin: Seit 1950 konnte die DLRG insgesamt 6,28 Millionen Schwimmer und Rettungsschwimmer ausbilden. Darüber hinaus wurde Pionierarbeit auf dem Gebiete des Kleinkinderschwimmens geleistet.

Die DLRG, die ihre Arbeit ehrenamtlich ausführt, ruft die Jugend, die Lehrer, die Eltern – überhaupt alle Bürger auf, sie bei dem weiteren Ausbau ihres großen Rettungswerkes auch künftig zu unterstützen. Der Kampf gegen den „nassen Tod“ darf nie erlahmen!



Als Kopfleuchte: Batteriebehälter am Leibriemen, Kopfstück am Stirnband oder Schutzhelm aufgesteckt. Als Handleuchte: Kopfstück auf dem Batteriebehälter aufgesteckt, dessen Tasche das Kabel aufnimmt.

FRIWO

Kopf-Hand-Leuchte

Typ 14 301, explosionsgeschützt, Zündgruppe G 4 bzw. G 5 aus schlagfestem Kunststoff, wahlweise mit Nickel-Cadmium-Akkumulator DTN 4,5 oder 4 handelsüblichen Mono-Zellen. FRIWO Kopf-Hand-Leuchten sind robust und unkompliziert, korrosionsfest, vielseitig verwendbar und verbrauchen keinen Sauerstoff. Sie eignen sich für Technischen Hilfsdienst, Luft- und Werkschutz, Chemiebetriebe, Hydrier- und Gaswerke, Sprengstoff-, Zellulose- und Lackfabriken, Raffinerien und Tankschiffahrt. In FRIWO Kopf-Hand-Leuchten steckt unsere jahrzehntelange Erfahrung aus dem Bau von Millionen Gruben- und Sicherheitsleuchten.

FRIEMANN & WOLF GMBH
41 DUISBURG



Fernruf (02131) 31451
Fernschreiber 0855543

Akkumulatoren · Sicherheitsleuchten · Grubenleuchten

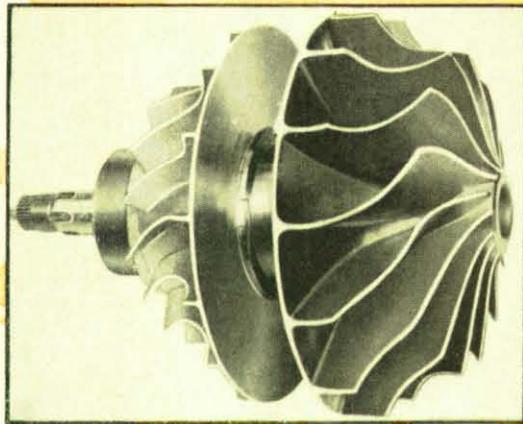


⇄ 6149

LAUTSTARK

ABER

LEISTUNGSFÄHIG



Einsatz von Turbinen-Tragkraftspritzen innerhalb der Erprobung der LS-Wasserförderbereitschaft

Von Brandoberinspektor
Karlheinz Gehrman, Bonn

Für die Erprobung der LS-Wasserförderbereitschaft in Nordrhein-Westfalen, die, wie schon berichtet, von den Helfern der 1. LS-Feuerwehrbereitschaft Bonn durchgeführt wird, werden in den Gerätewagen Tragkraftspritzen mitgeführt. Diese sollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß auch in schwierigem Gelände, wo der schwere Wasserförderwagen nicht mehr herankommt, die Wasserversorgung aus natürlichen Wasserentnahmestellen sichergestellt werden kann. Nach den Einsatzforderungen, die an eine LS-Wasserförderbereitschaft gestellt werden, soll ein Förderstrom von 3200–4000 l/min über eine Förderstrecke von 6000 m fließen. Das bedeutet, wenn man nicht die Parallelschaltung, die einen bedeutend höheren Material- und

Personalaufwand erfordert, benutzen will, daß man Pumpenaggregate mit sehr hoher Leistung in Verbindung mit Druckschläuchen optimaler lichter Weite einsetzen muß – verwendet werden F-Druckschläuche mit einem Durchmesser von 150 mm und einer Länge von 20 m – um diese Forderung mit minimalstem Aufwand zu erreichen.

Da es sich bei den zur Erprobung bereitgestellten Turbinen-Tragkraftspritzen um Pumpen handelt, die o. a. Forderung erfüllen, aber in Feuerwehkreisen noch nicht eingeführt sind, sollen diese hiermit vorgestellt werden.

Turbinen-Tragkraftspritze 36/8

Die Turbinen-Tragkraftspritze T-TS 36/8 besteht im wesentlichen aus einer einstufigen

Einwellen-Gasturbine mit innerer Verbrennung und offenem Kreislauf und einer einflutigen, einstufigen Hochleistungs-Schaufelrad-Kreiselpumpe 36/8, die organisch zusammengebaut und in einem Tragrahmen untergebracht sind. Die T-TS macht den Eindruck eines in seiner Art gut transportablen Gerätes. Die Abmessungen entsprechen den Normbedingungen einer TS 8/8. Die Pumpe ist durch eine automatisch arbeitende Fliehkrafttrockenscheibenkupplung mit der Gasturbine verbunden, die erst bei einer bestimmten Drehzahl kuppelt. Infolge dieser Anordnung kann die Pumpe auch gefüllt angefahren werden. Zum Entlüften der Pumpe und der Saugleitung ist ein Druckluftstrahler angebracht. Durch Betätigen des Hebels strömt Druckluft aus der

Gasturbine in den Druckluftstrahler und bewirkt somit die Entlüftung durch Injektorwirkung.

Die Turbine wird mit einer Handkurbel angelassen. Bei 3000 U/min zündet die Turbine und erreicht dann rasch ihre Leerlaufdrehzahl von 25 000 U/min. Die Zündung der Brennkammer erfolgt durch Zündbrenner mittels Zündkerze; die Erzeugung der Zündspannung mittels Magnetzündler.

Die Betankung der Gasturbine erfolgt unter Zwischenschaltung eines Puffertanks mittels Schnellverschlußkupplung durch einen 20-l-Brennstoff-Kanister. Der Treibstoffvorrat im Puffertank (etwa 6 l) entspricht einer Betriebszeit von etwa 8 min. Die austauschbaren Brennstoff-Kanister sind in einem Kanisterkorb oberhalb der T-TS untergebracht. Der Kraftstoffverbrauch ist infolge des geringen thermischen Wirkungsgrades der Turbine etwa dreimal so groß wie bei einem Kolbenmotor vergleichbarer Größe. Bei einer Nennleistung von 90 PS wird er mit 53 kg/h angegeben. Ein wesentlicher Vorteil der Gasturbine besteht darin, daß Otto-Kraftstoffe, Dieselöl, leichtes Heizöl und Kerosin gleichermaßen für den Betrieb geeignet sind. Die Turbine kann also mit allen gängigen Kraftstoffarten betrieben werden.

Das Gesamtgewicht der betriebsfertigen Turbinen-Tragkraftspritze, jedoch nur mit einem Treibstoffvorrat für 8 min, beträgt 198 kg. Die Normgrenze der TS 8/8, die amtlich allgemein als Gewichtsgrenze für Tragkraftspritzen gilt, beträgt 190 kg einschließlich Lichtenanlage und einem Treibstoffvorrat für 2 Stunden Betrieb. Dadurch unterscheidet sich die T-TS von der Norm. Alle Armaturen und Kontrollinstrumente die innerhalb der Armaturentafel auf der Bedienungsseite vor dem Pumpenteil untergebracht sind, können leicht von dieser Seite aus bedient und übersehen werden. Auf der linken Seite sind die vier Überwachungsgeräte für die Gasturbine – das sind Drehzahlmesser, Betriebsstundenzähler, Schmierstoffdruck der Ölpumpe und das Anzeigerät für die Abgastemperatur – untergebracht, rechts davon sitzen das Pumpenmanometer und das Vakuummeter.

Das Pumpengehäuse und die Laufräder sind aus seewasserbeständigem Leichtmetall, die Welle aus rostfreiem Stahl hergestellt. Die Wellenabdichtung erfolgt durch Radialdichtringe mit Fettkammer und austauschbarer Dichtungspatrone.

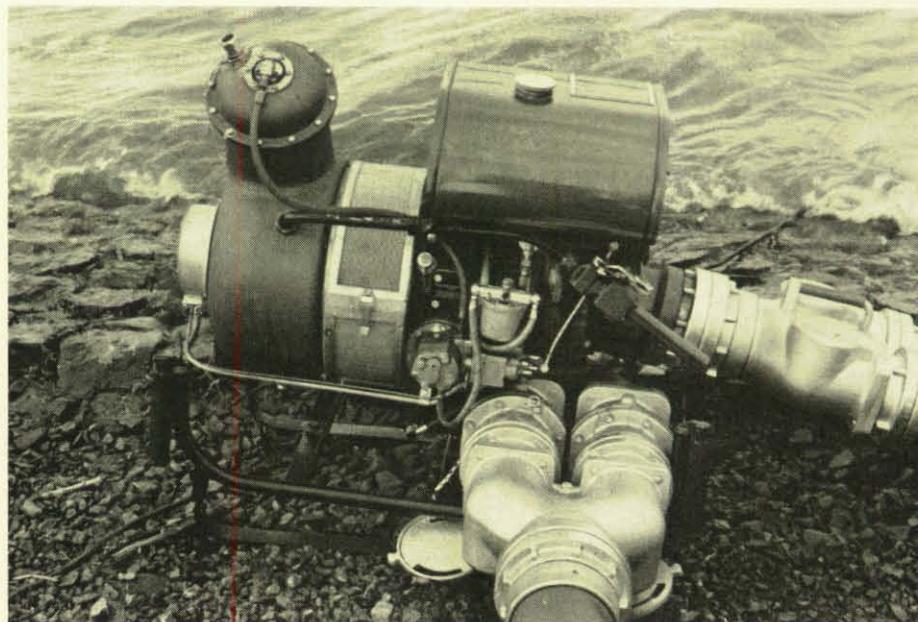
Saugseitig ist eine F-Festkupplung, geeignet zum Ankuppeln eines Sammelstückes F-2A, angebracht. Hier wird eine Doppel-A-Leitung angeschlossen, da es F-Saugschläuche noch nicht gibt. Druckseitig befinden sich 2 A-Abgänge mit 2 Kugelhähnen NW 100. Um die beiden A-Abgänge auf den F-

Schlauch zu vereinigen muß hier ebenfalls ein Sammelstück F-2A angebracht werden.

Technische Daten:

Pumpe

Einstufige, einflutige, Hochleistungs-Schau-felrad-Kreiselpumpe	
Förderstrom	3600 l/min
Förderhöhe	80 m
vacuum. Saughöhe	4–4,5 m



Leistungsbedarf	83 PS
Drehzahl	3600 U/min

Turbine

Einwellen-Gasturbine mit innerer Verbrennung und offenem Kreislauf	
Nennleistung	90 PS
Nenn-drehzahl	45 000 U/min
Leerlauf-drehzahl	25 000 U/min ± 2000
Verdichterdruckverhältnis	3,25
Abgastemperatur bei Betrieb	max. 600°, opt. 350–530° C
Kraftstoffbedarf	53 kg/h
Anlegedrehzahl der Fliehkraftkupplung	33 000 U/min
Übersetzungsverhältnis, Getriebe	12,5

Der im Oberteil des Rahmens untergebrachte Puffertank ist als Zweikammertank ausgebildet und hat mit der zweiten Kammer die Aufgabe, Getriebe und Lager mit Frischöl zu versorgen. Die Öltank-Füllmenge beträgt 3 l Spezialgetriebeöl. Dieses Spezialöl ist nur schwer zu beschaffen, es wäre vorteilhafter, mit handelsüblichen HD-Ölen zu arbeiten. Der Schmierölverbrauch während des Dauerbetriebes ist beachtlich und muß vor und nach jedem Einsatz kontrolliert werden.

Einsatzbeurteilung der T-TS 36/8

Nach Beachtung der Betriebs- und Wartungsanweisung verläuft die Inbetriebnahme fehlerfrei. Der Kraftstoffkanisterwechsel kann mit der Schnellverschlußkupplung rasch und mühelos gehandhabt werden.

Die Kufen sind für das Gewicht zu schwach, je nach Geländeprofil verbiegen und verdrehen sie sich.

Der um 10° geneigte Saugstutzen hat sich

Turbinen-Tragkraftspritze 40/7 im Einsatz. Druck- und saugseitig erkennt man die F-2A-Sammelstücke

beim Ankuppeln in unebenem Gelände nicht bewährt, ein axial in Pumpenmitte und nicht gekröpft angeordneter Saugstutzen wäre zur Handhabung vorteilhafter.

Das Ankurbeln der Turbine ist mit erheblichem Kraftaufwand verbunden. Die bisherigen Dauerbelastungsproben verliefen störungsfrei. Als nachteilig wird angesehen, daß die Instrumententafel nicht beleuchtet ist. Der Kraftstoffverbrauch lag bei den verschiedensten Erprobungen zwischen 50 und 60 l/h. Hier ist für ausreichenden Nachschub Sorge zu tragen. Die Maschinisten an den T-TS müssen gegen Gehörschäden (gemessen wurden 110 Phon in 5 Meter Entfernung) mit schalldichtem Ohrschutz ausgerüstet werden.

Arbeitsweise der Turbine

Durch das Verdichtergehäuse saugt das Verdichterrad Außenluft an, beschleunigt diese und drückt sie durch den Verdichterradkranz in das Turbinengehäuse. Auf der

Turbinenwelle zwischen den beiden mit Kiemen und Löchern versehenen Brennkammerwänden ist ein Verteiler- und Schleuderring angeordnet. Vom Falltank über die Zahnradpumpe gelangt der Kraftstoff durch die hohle Turbinenwelle und infolge der Fliehkraftwirkung als feiner Sprühnebel in die Brennkammer. Auf der Verdichterseite unmittelbar durch die Kiemen tritt ein Teil der Verbrennungsluft in die Brennkammer ein, der Rest strömt außen um die Brennkammer herum durch die hohlen Turbinenleiterschaukeln zur turbinenseitigen Brennkammerwand. In der Brennkammer wird die von beiden Seiten eintretende Primärluft mit dem Kraftstoff zu einem flammenhaltenden Wirbel vermischt. Die Verbrennungsgase werden durch die weiter außen angeordneten Bohrungen mit Sekundärluft auf eine für die Turbinenwerkstoffe erträgliche Temperatur abgekühlt, um 180° umgelenkt und durchströmen dann radial nach innen den Turbinenleitkranz, wobei sie beschleunigt werden.

Die Verbrennungsgase geben beim Durchströmen des Turbinenrades ihre kinetische Energie ab, versetzen es dadurch in Drehung, wobei die Verbrennungsgase in axiale Richtung umgelenkt, weiter entspannt und durch einen Diffusor in die freie Atmosphäre abgeleitet werden.

Inbetriebsetzung

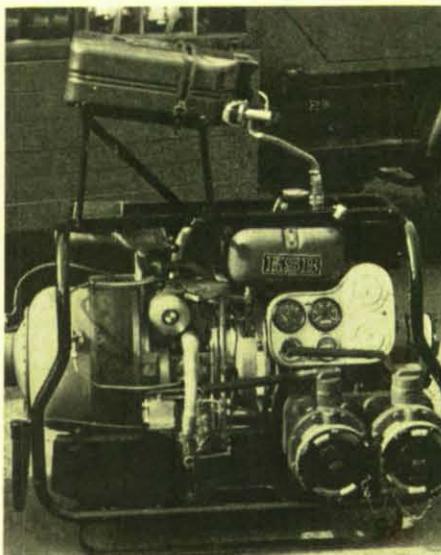
Die Inbetriebsetzung erfolgt durch Hochdrehen mittels festmontierter Handkurbel. Der hierdurch in Bewegung gesetzte Magnetzündler liefert den notwendigen Zündstrom, der über die Flammzündkerze in die Brennkammer geleitet wird und das Kraftstoffgemisch entzündet.

Turbinen-Tragkraftspritze 40/7

Die Turbinen-Tragkraftspritze T-TS 40/7 ist ein tragbares Pumpenaggregat. Feuerlöschpumpe und Gasturbine sind auf einem Tragegestell montiert und über ein Getriebe miteinander verbunden. Die Turbine ist eine Einwellenturbine mit einstufigem Radialverdichter und einstufiger Radialturbine. Sie hat eine tangential angeordnete, zylindrische Gegenstrombrennkammer mit Spiralsammler. Die Turbine ist beständig gegen Seewasser, so daß Korrosionsschäden selbst bei extremen Bedingungen ausgeschlossen sind. Der über der Pumpe auf dem Pumpen- und Getriebegehäuse dreipunktgelagerte Kraftstofftank hat ein Fassungsvermögen von 37 Liter. Als Kraftstoff können Dieselöl oder Heizöl EL verwendet werden. Zur Entlüftung der Pumpe und der Saugleitung ist ein 1stufiger Ejektor, der nach dem Prinzip der Strahlpumpe arbeitet und Druckluft aus dem Luftsammler hinter dem Radialverdichter der Turbine als Treibmittel verwendet, angebracht.

Zum Andrehen der Gasturbine dient eine Handkurbel, die über eine Rollenkette und einem Freilauf mit dem Getriebe verbunden ist. Die Zündung erfolgt durch Zündkörper (Reib- oder Schlagkopfzündler). Der Reibkopfzündler wird durch Reiben an einer Reibfläche wie ein Streichholz entzündet

und dann in die Brennkammer eingeführt und verschraubt. Der Schlagkopfzündler ist mit einer Schrotpatrone vergleichbar. Er wird in die Brennkammer eingeschraubt; durch Handschlag schiebt sich ein spitzer Bolzen in das Zündhütchen, worauf die Zündung erfolgt. Sind beide Zündkörper nicht vorhanden, kann man auch eine dieseldieselkraftstoffgetränkte Lunte verwenden. Alle Bedienungs- und Kontrollelemente sind übersichtlich angeordnet. Das vollständig wälzgelagerte, zweistufige Untersetzungsgetriebe ist organisch an die Gasturbine angebaut. Das Schmieröl der Gasturbine einschließlich Getriebe ist als Druckumlaufschmierung ausgebildet. Vom unteren Teil des Getriebes fördert eine Zahnradpumpe das Öl zu den Schmierstellen.



Das ist die Turbinen-Tragkraftspritze 36/8. Der Reservekanister ist durch eine Schnellverschlußkupplung mit dem Puffertank verbunden. Rechts über den beiden A-Druckabgängen sieht man die Instrumententafel.

Die einstufige Kreiselpumpe P 140 wird durch das Getriebe angetrieben. Der Saugstutzen ist axial in Pumpenmitte mit Fest- und Blindkupplung, 150 mm ϕ angeordnet. Druckseitig befinden sich zwei Druckabgänge 110 mm die mit Kugelhähnen versehen sind. Die Abdichtung der Pumpenwelle erfolgt durch Radialdichtringe mit Fettschmierung durch eine Staufferbüchse. Der Wasserrückfluß wird durch Spaltwasserringe gehemmt.

Technische Daten:

Pumpe

Einstufige Kreiselpumpe	
Förderstrom	4000 l/min
Förderhöhe	70 m WS
geod. Saughöhe	1,5 m

Turbine

Einwellenturbine, Gegenstrom-einzelbrennkammer tangential angeordnet	
Nennleistung	100 PS
Nenndrehzahl	50 000 U/min
Verdichterverhältnis etwa	2,8
Abgastemperatur etwa	600°
Kraftstoffbedarf etwa	60 kg/h

Arbeitsweise der Turbine

Die zur Verbrennung notwendige Luft wird durch den Verdichter der Gasturbine über ein ringförmiges Luftfilter angesaugt. Von dort gelangt die verdichtete Luft aus dem radialen Verdichter-Leitkranz in den ringförmigen Luftmantel und von dort weiter in die Brennkammer, wo der eingespritzte Kraftstoff verbrennt. Das entstehende Heizgas wird über eine Spirale und einen radialen Turbinen-Leitkranz dem Laufrad der Radial-Turbine zugeführt, in axiale Richtung umgelenkt und verläßt durch den Abgasdiffusor die Turbine.

Einsatzbeurteilung der T-TS 40/7

Die bisherigen Dauerbelastungen während der Erprobung verliefen störungsfrei. Die Starteigenschaften erwiesen sich bei Normaltemperatur als sicher und zuverlässig. Die Zündeinrichtung ist für jeden Maschinisten übersehbar und das Ankurbeln der Turbine ohne große Mühe möglich. Die Verwendung einer Anzahl handelsüblicher Schmieröle tragen zur Vereinfachung von Wartung und Beschaffung bei und unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von den herkömmlichen Tragkraftspritzen. Die Bedienung sowie Durchführung kleinerer Reparaturen ist wegen des unkomplizierten Bausystems nach Unterweisung auch von Nichtfachleuten möglich. Um Kontrollen während der Dunkelheit am Gerät durchführen zu können, wird der Einbau einer Lichtanlage für erforderlich gehalten.

Schlußbetrachtung

Die für Erprobungszwecke zur Verfügung gestellten Turbinen-Tragkraftspritzen T-TS 36/8 und T-TS 40/7 zeichnen sich besonders durch ihre hohen Nennförderströme aus. Diese sind aber auch notwendig, wenn man bedenkt, daß eine Wasserförderbereitschaft zwei Feuerwehrbereitschaften mit Wasser versorgen soll. Auf Grund ihrer Abmessungen, die in etwa der Norm entsprechen, ist die Transportfähigkeit auch im schwierigen Gelände ohne weiteres gewährleistet.

Die bisherigen Erprobungen ließen erkennen, daß größere Dauerbelastungen störungsfrei verliefen und daß sich die Maschinisten nach Einweisung mit dem neuen Gerät gut einarbeiten ließen.

Nachteilig muß aber festgestellt werden: der enorme Kraftstoffverbrauch, der zu Versorgungsschwierigkeiten führen könnte, und die über 100 Phon gemessene Geräuschkulisse der Turbinen, die zu Gehörschäden der Maschinisten führen kann.

Auf Grund der Erprobungsergebnisse kann eine ausreichende Gebrauchstüchtigkeit für bestimmte Aufgaben im Katastrophen- bzw. Spannungsfall bestätigt werden. ■

Die Polizei in unserem Blut

Unzählige mikroskopisch kleine Lebewesen sind ständig um uns. Sie sitzen auf unserer Haut, auf den Schleimhäuten, im Mund, in der Lunge und im Darm. Die meisten Arten sind harmlos, das heißt, der Mensch hat sich in den Millionen Jahren seiner Entwicklung an sie so gewöhnt, daß er gegen sie unempfindlich geworden ist. Man spricht dann von einer ererbten Resistenz.

Andere Mikroorganismen aber sind für uns gefährlich; unter für sie günstigen Umständen dringen sie in unseren Körper ein und vermehren sich außerordentlich schnell. Viele Organe werden von ihnen befallen und angegriffen, ja sogar zerstört. Es ist nicht möglich, im Rahmen unserer kurzen Betrachtung, die so entstehenden Krankheiten aufzuzählen. Die Liste würde in die Hunderte gehen.

Nun wären wir ebenso wie viele, den nämlichen Angriffen ausgesetzte Tiere, bei jeder derartigen Invasion aufs höchste gefährdet, wenn wir nicht über körpereigene Abwehrmittel verfügten. Zwei wohlgeübte Polizeitruppen stehen Tag und Nacht bereit. Sie stürzen sich auf jeden Eindringling und tragen über ihn meistens verhältnismäßig rasch den Sieg davon.

Die eine Brigade besteht aus einer Vielzahl von Abwehrstoffen, die wir zu Beginn unseres Erdendaseins von der Mutter mitbekommen und später immer wieder neu gebildet haben, sooft eine Ansteckung mit feindlichen Mikroben erfolgt ist. Nicht selten genügt es, wenn wir ein einziges Mal eine Krankheit gehabt haben, um zeitlebens gegen sie immun zu sein; so treten beispielsweise die Masern oder der Keuchhusten gewöhnlich nur einmal im Leben auf. Bei späterer erneuter Infektion scheidet der Angriff an den stets im Blut kreisenden Abwehrstoffen.

Hier muß erwähnt werden, daß die Medizin dank der Forschungsarbeit von Emil von Behring und anderen Gelehrten gelernt hat, die Abwehrstoffe aus dem Blut von künstlich infizierten Tieren zu gewinnen und in Form eines Serums als Vorbeugungs- oder Heilmittel dem Menschen einzuspritzen. Schutzimpfungen dagegen bestehen darin, daß dem Menschen abgeschwächte oder getötete Krankheitskeime beigebracht werden, die ihn zur Bildung von Antikörpern, wie man die Abwehrstoffe nennt, anregen.

Weißer Blutkörperchen — eine Polizeibrigade

Neben diesen im Menschen- oder Tierleib aufgebauten Substanzen sind nun als die zweite Polizeibrigade die weißen Blutkörperchen, die sogenannten Leukozyten, zu nennen. Wie der Name sagt, unterscheiden sie sich zunächst schon durch die Farbe von den roten Blutkörperchen, den Erythrozyten, die mit ihnen gemeinsam im Blutstrom schwimmen. Bei den Leukozyten handelt es sich um Zellen, die ihre Form ständig zu ändern vermögen. Einmal erscheinen sie unter dem Mikroskop rundlich, dann wieder sehr schlank und langgestreckt. Auswüchse schieben sich wie Füßchen vor und ziehen den Zelleib nach. Sie können sich so dünn machen, daß sie sogar durch die Wandung der Blutgefäße zu dringen und ihren

P 398 a - 468



Mit Sicherheit verbunden ... UKW-Funksprechgerät FuG 7b

FuG 7b für den rollenden und fliegenden Einsatz — im Dienste der Sicherheit. Seine Charaktereigenschaften:
Leistungsfähig

120 Frequenzpaare für Gegensprechen; oder 240 Einzelfrequenzen für Wechselsprechen; 10 Watt und 3 Watt — umschaltbare Senderleistung.

Sicher

Volltransistorisiert; nur wenige, leicht austauschbare Baugruppen; schwallwasserdicht.

Raumsparend

Kompakte Bauweise, daher geringer Raumbedarf; geringe Einbautiefe; geringes Gewicht.

Universell

Verwendbar als Tornister — und Fahrzeugstation, als Feststation oder für Sondereinsätze — als mobile oder stationäre Doppelstation.

Fordern Sie unter FA 289 Informationsmaterial an.

Standard Elektrik Lorenz AG
Geschäftsbereich Weitverkehr und Navigation
7 Stuttgart-Zuffenhausen, Hellmuth-Hirth-Straße 42
Telefon: *(0711) 8 95 21, Telex: 722861

Im weltweiten **ITT** Firmenverband



Weg außerhalb fortzusetzen vermögen. Diese verblüffende Beweglichkeit brauchen die weißen Blutkörperchen, um ihre Aufgaben als Polizisten erfüllen zu können. Wenn nämlich in der Blutbahn oder im Gewebe Viren oder Bakterien auftauchen, sind die Leukozyten alsbald zur Stelle, umfließen die Eindringlinge und hüllen sie ein. Gleichzeitig ergeht eine Alarmmeldung an jene Stellen, wo Leukozyten neu gebildet werden, nämlich an die Milz, das rote Knochenmark, die Lymphdrüsen, die Mandeln und den Wurmfortsatz des Blinddarms. Alsbald kommt von dort Verstärkung herbei. Während einer Infektion nimmt daher die Zahl der weißen Blutkörperchen rasch zu; die meisten von ihnen versammeln sich am Ort der Gefahr. Ins Gewebe eingedrungene Bakterien oder Fremdkörper werden förmlich umringt. Die Leukozyten schleppen ihre Beute entweder auf dem Blutwege in die Leber oder Milz, wo sie von großen „Freßzellen“, den Histiozyten, erledigt werden, oder sie arbeiten sich durch das Gewebe nach außen, wobei sie sogar Knochen, Haut oder Nägel auflösen können, und entleeren sich samt den gefangenen Eindringlingen in Form von Eiter nach außen.

Solange diese Vorgänge ablaufen, sind viele Stoffwechselfunktionen des Körpers beschleunigt. Handelt es sich um eine Infektion größeren Ausmaßes, so steigt die Körpertemperatur bis zum Fieber an. Bei lokal begrenzten Prozessen erweitern sich die Blutgefäße an Ort und Stelle; das Blut pocht heftig, die Haut rötet sich bis zur Entzündung.

Medikamente müssen mithelfen

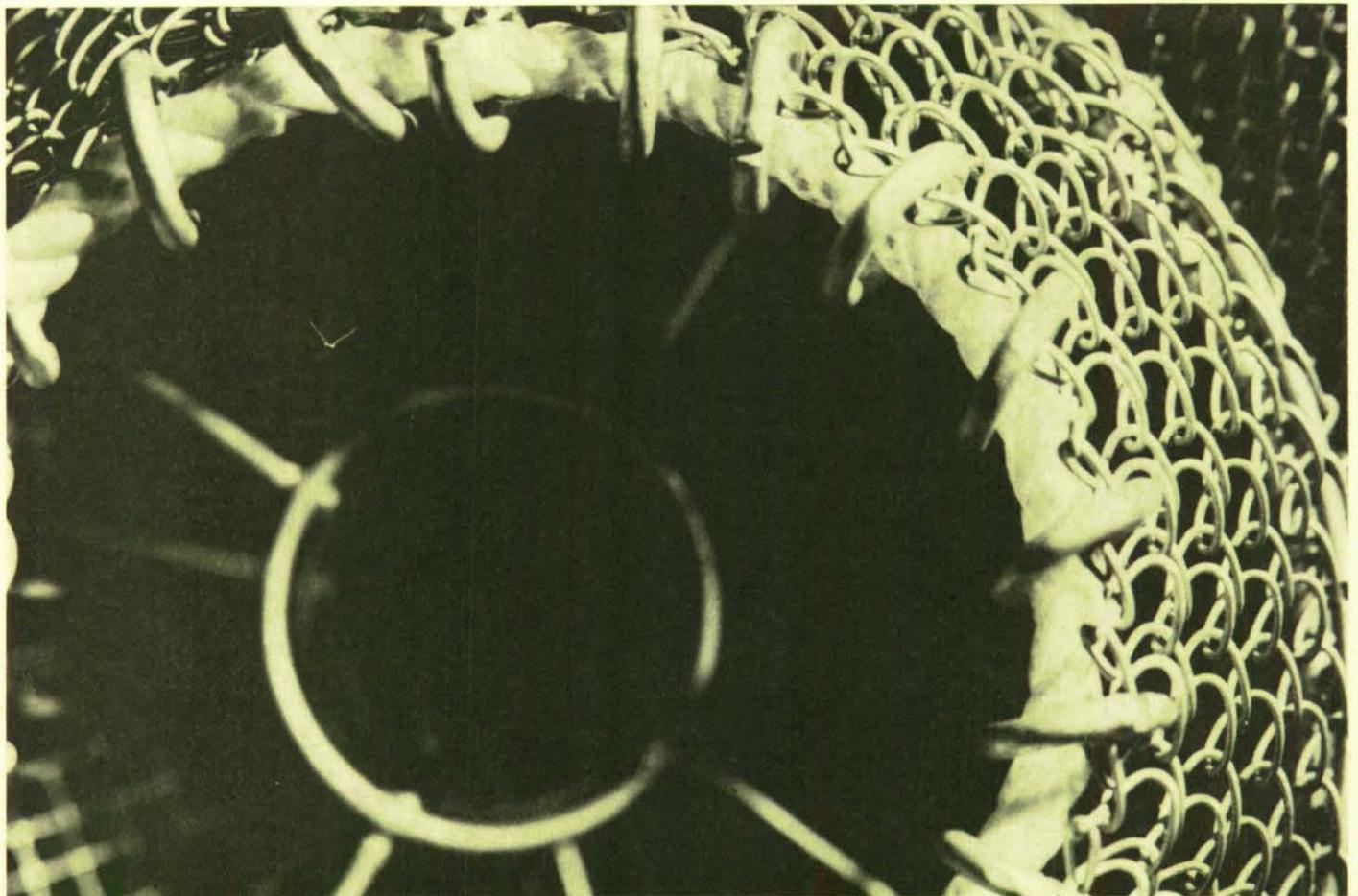
Es ist interessant, wie die moderne Medizin die weißen Blutkörperchen bei ihrer Arbeit zu unterstützen vermag. Mit zugeführten Sulfonamiden oder Antibiotika werden bekanntlich Infektionskrankheiten oft beträchtlich verkürzt und in ihrem Verlauf harmloser. In vielen Fällen, wo die Leukozyten allein nicht Herr der Lage werden können, wirken die modernen Medikamente lebensrettend. Dies kommt daher, daß die Erreger unter der Behandlung in ihrer Vermehrung behindert, in ihren Lebensvorgängen beeinträchtigt werden. Manchmal erreichen sie, wie man unter dem Mikroskop zeigen kann, eine ungewöhnliche Größe. Solange die Arzneimittel wirken, sind die Krankheitskeime gegenüber den weißen Blutkörperchen in hohem Maße wehrlos und können leichter überwältigt werden.

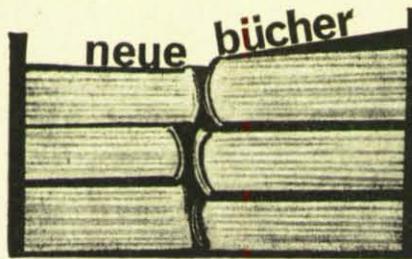
Es ist bewundernswert, welche Methoden der Tier- und Menschenkörper entwickelt hat, um sich im steten Angriff der Mikroorganismen zu behaupten. Ohne diese Kampfmittel hätten die kleinsten Lebewesen schon längst alle höheren Organismen, den Menschen nicht ausgenommen, vernichtet. Wenn wir aber daran denken, wie schrecklich noch vor wenigen Jahrzehnten manche ansteckende Krankheiten gewütet haben, so wird uns klar, was die moderne Wissenschaft durch die Entwicklung von bakterientötenden Desinfektionsmitteln und Methoden ebenso wie durch die Schaffung von Impfstoffen, Seren und Antibiotika geleistet hat.

Dr. P. B.

Aus der Nähe besehen...

... sieht manches sehr verworren aus. So auch dieser Geräteteil eines äußerst wichtigen Stückes der Ausrüstung des Löschkarrens für Selbstschutzzüge. Was es wohl sein mag? Wer es nicht errät, schlage nach auf Seite 31. Dort steht die Antwort.





SO ÜBERLEBEN SIE

Anthony Greenbank



So überleben Sie

Unfälle, Katastrophen, Gefahren.
Von Anthony Greenbank, 252 Seiten, 79 Bilder, DM 19,80. Moderne Verlags-GmbH, 8 München 23.

Nehmen Sie einmal Ihre Tageszeitung zur Hand. Ich meine keine der auf Schlagzeilen bedachten Boulevardblätter, sondern eine seriöse Tageszeitung, die Sie über alles, was in der Welt geschieht, informiert. Sie werden kaum einen Tag finden, an dem Sie nicht über Zugzusammenstöße, Flugzeugunglücke, Verkehrsunfälle, Überschwemmungen, aber auch Messerstechereien, Raubüberfälle, Brände oder ähnliche Unglücke lesen. Seltsamerweise glauben die meisten Menschen, daß sie selbst nie in ein derartiges Unglück verwickelt werden könnten. Doch das haben die jeweils Betroffenen auch gedacht.

Das obengenannte Buch handelt von der Kunst zu überleben und von der erlernbaren Fertigkeit, den vielfältigen Gefahren zu begegnen. Es ist für alle, für Mann, Frau und Kind bestimmt. Es gibt Verhaltensmaßregeln für unglaublich viele Situationen, gleich ob das Leben und die Gesundheit der Einwohner ganzer Städte bedroht ist, oder ob es sich um Zwischenfälle des Alltags handelt.

Das Buch ist kein Handbuch, das man im Ernstfall zu Rate zieht. Man muß es schon vorher gelesen haben und sich möglichst viele der Verhaltensmaßregeln und Tips einprägen. In diesem Buch werden keine unmöglichen oder unrealistischen Vorschläge gemacht. Nirgendwo werden besondere Vorbereitungen vorausgesetzt. Die kritische Situation zu erkennen und alle Hilfsmittel richtig einzusetzen, darauf kommt es an.

Interessant und sehr übersichtlich ist die Einteilung des Buches. Sie erfolgt nach den Sinnesempfindungen in Katastrophenfällen, wenn die Betroffenen nach Wärme oder Kälte, nach Wasser oder Land, nach Licht oder Schatten rufen. Entsprechend sind die Gegenmaßnahmen unter den Kapiteln „Zu kalt“, „Zu schnell“, „Zu dunkel“, „Zu heiß“ usw. zusammengefaßt.

Die Ratschläge sind all denen von Nutzen, die in Gefahrensituationen die Nerven behalten und entschlossen alle Widerstandskräfte mobilisieren. H. F.

Radioaktive Abfälle

Aufbereitung – Lagerung – Beseitigung. Von Dr. Stefan J. Krawczynski, Jülich. 1967; VIII, 300 Seiten, 98 Abbildungen, 39 Tabellen im Text und ein Anhang mit 12 Tabellen; Format 11 × 17,5 cm, kartoniert-cellophanisiert, DM 19,80. Verlag Karl Thiemig KG, München.

Die Erfassung, Aufbereitung und Verwahrung radioaktiver Abfälle ist eines der Hauptprobleme der Kerntechnik geworden. Atomkraftwerke, Zentren der Reaktorenentwicklung, Forschungsinstitute der Physik, Chemie und Biologie, Kliniken, Krankenhäuser, Industrie, Aufsichtsbehörden und Planungsorganisationen müssen sich damit auseinandersetzen. Die Art seiner Bewältigung setzt die Grenzen zwischen Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Fortschritt. Diese Veröffentlichung wendet sich an alle diejenigen, die mit radioaktiven Stoffen umgehen oder radioaktive Stoffe verwenden; sie will dazu beitragen, daß von allen Beteiligten bereits bei der Planung von Arbeiten dem Abfall-Problem Rechnung getragen wird. Sie wird auch den Verfahrenstechniker und Maschinenbauer bei der Entwicklung, Planung und dem Bau neuer Entaktivierungsanlagen beraten; die Planungsingenieure von Lüftungs- und Heizungsanlagen werden nach dem Studium des Taschenbuches die notwendigen Forderungen für Sicherheit verstehen und selbst nach wirtschaftlich-technisch optimalen Lösungen suchen. Den Betreibern von Anlagen wird es praktische Hinweise für den Betrieb geben und eine rasche Einarbeitung in dieses Gebiet ermöglichen; die zahlreichen Literaturverzeichnisse erleichtern eine Vertiefung in die einzelnen Sachgebiete. Der Autor hat in dieser Veröffentlichung nicht nur die Erfahrungen in Deutschland, sondern auch die des Auslandes fast vollständig berücksichtigt, sie gibt einen umfassenden Überblick über den ganzen Problemkreis, sie beschreibt ausführlich alle heute wichtigen Verfahren und gibt Anregungen für die zukünftige Entwicklung und Forschung auf diesem wichtigen und hochaktuellen Gebiet.

THIEMIG-TASCHENBÜCHER

S. J. B. KRAWCZYNSKI

Radioaktive Abfälle

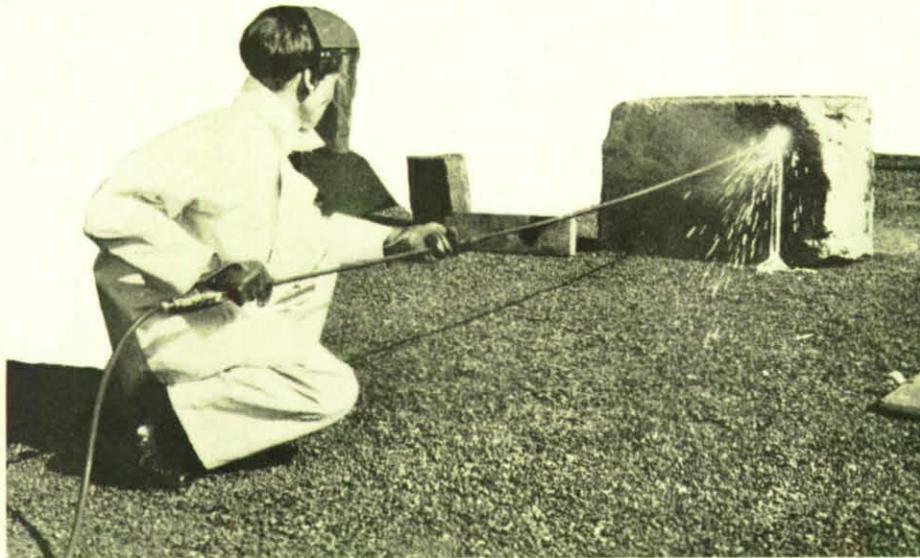
Aufbereitung - Lagerung - Beseitigung



VERLAG KARL THIEMIG KG · MÜNCHEN

Beton fließt wie Lava

**Neue
Sauerstoff-Lanze
vorgeführt**



Nach dem Anheizen in einem Holz-scheit kann mit dem Durchbrennen eines Stahlbetonblocks begonnen werden. Der geschmolzene Stahl des Brennrohres und der erhitze Beton fließen als glühende Lava aus dem Loch.

In der Bauschau Bonn wurde kürzlich vor einem Kreis von Sachkundigen und Interessenten eine neue Sauerstoff-Lanze vorgeführt. Das Gerät wird auf dem deutschen Markt durch eine schweizerische und eine englische Firma gemeinsam mit einem inländischen Generalvertreter angeboten, und zwar unter der Bezeichnung „Brennrohr“.

Das Brennrohr ist biegsam und besteht aus einer relativ dünnwandigen Stahlröhre von 13 mm Außendurchmesser und 9 mm lich-

tem Innendurchmesser und hat in Normalausführung eine Länge von vier Meter. Im Innern befinden sich Elektroden, die an Schweißelektroden erinnern. In gewissen Abständen sind Kerben eingewalzt, wodurch an diesen Stellen der Querschnitt verengt ist. Das Brennrohr wird auf einen Durchgangshahn aufgeschraubt und mittels Druckschlauch und einem Reduzierventil von mind. 15 atü mit der Sauerstoff-Flasche verbunden. Der Arbeitsdruck beträgt zwischen 8 und 13 atü; bei Bearbei-

tung von Stahl und Guß kann er auf 7 atü gesenkt werden.

Rohr und Elektroden bestehen nach Angaben der Hersteller aus Stahl ohne Legierung von anderen Metallen. Es wird im Gegensatz zu bekannten Systemen kein Magnesium verwendet. Das hat den Vorteil, daß nicht die typische Flamme weißen Lichts entsteht, die besonderen dunklen Augenschutz notwendig macht. Das bei der Vorführung eingesetzte Personal trug nur einen leichten Arbeitsschutzanzug und vor



**Der Betonklotz ist durchbohrt.
Auf der Rückseite kommt das Brennrohr frei. Auch Stahlplatten können durchbohrt werden.**

dem Gesicht einen einfachen glasklaren Plastikschirm als Funkenschutz.

Alle Materialien, wie Stahlbeton, Naturstein (Basalt) und Stahl, wurden bei der Vorführung schnell und ohne Schwierigkeiten durchgebrannt. Das anbietende Firmenkonsortium gibt an, daß das Brennrohr mit rd. 20% weniger Sauerstoff und Rohrlänge auskommt und auch ca. 20% kürzere Brennzeit benötigt als bisherige Systeme. Da in unserem Lande vergleichende Werbung nicht statthaft ist, muß jeder Bedarfsträger selbst herausfinden, ob und in welcher Höhe sich Vorteile ergeben.

Anfragen bitten wir an die Bauschau Bonn, Bonn, Baunscheidstraße, zu richten.

H. C. W., Bonn

Beratung im Schutzraumbau

Die Beratung der Bevölkerung bei Luftschutzmaßnahmen ist dem BLSV im Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (1. ZBG, § 31, Absatz 2) als Aufgabe übertragen worden. Eine der wesentlichsten Schutzmaßnahmen ist der Bau von Schutzräumen. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, hat der BLSV die „Bauberatung“ geschaffen. Da eine allgemeine Schutzraumpflicht noch nicht besteht, ist eine funktionsfähige Bauberatung um so notwendiger.

Stellung der Bauberater

Die Bauberater des BLSV sind Ingenieure und Diplomingenieure der Fachrichtungen Bauingenieurwesen und Architektur, die sich durch ihre Verpflichtung als Helfer zu ehrenamtlicher Mitarbeit im BLSV bereit erklären und durch diesen entsprechend ausgebildet werden. Sie führen ihre Aufgabe als Bauberater im Namen des BLSV kostenlos durch.

Aufgaben der Bauberater

Die Bauberater des BLSV haben die Aufgabe, die Bevölkerung in folgenden Fragen zu beraten:

- Stand der Schutzbaugesetzgebung
- Errichtung von Schutzräumen für Neubauten
- Errichtung von Schutzräumen für bestehende Gebäude
- Behelfsschutzmaßnahmen
- Schutzraumeinrichtungen und -ausstattungen
- Erhalt von Zuschüssen und steuerlichen Abschreibungen einschl. der dazu erforderlichen Verfahren
- Angebot der Industrie auf dem Gebiet des Schutzraumbaus
- technische Einzelfragen.

Grundlagen der Bauberatung

Technische Grundlage jeder Bauberatung sind in erster Linie die „Bautechnischen Grundsätze für Schutzraumbauten“ – Fassung Juni 1967 – herausgegeben vom Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau. Dazu kommen die Veröffentlichungen und Entscheidungen des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für Wohnungswesen und Städtebau und des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz sowie von der Bundeshauptstelle herausgegebene Arbeitsunterlagen.

Umfang der Bauberatung

Die ehrenamtlichen Bauberater führen ihre Beratung kostenlos durch. Eine derartige Beratung im Namen des BLSV endet dort, wo Leistungen verlangt werden, die nach der Gebührenordnung für Ingenieure bzw. für Architekten gebührenpflichtig sind.

Jetzt kaufen!



Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog M 26

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. O. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

ZB Einbanddecken

für Jahrgang 1967
Halbleinen mit Rückenprägung

Preis: DM 2,50
zuzüglich Porto

MÜNCHNER BUCHGEWERBEHAUS GMBH
8 München 13, Schellingstraße 39/41, Tel. 22 13 61

Packende Fotos - Viele Farbbilder
Spannende Reportagen aus allen
Bereichen des Sports - Autotests

sport

ILLUSTRIERTE

**ein Spiegel
des Sports**

Alle 14 Tage - DM 1,20 - Kostenloses Probeexemplar vom
Verlag SPORT-ILLUSTRIERTE, München 13, Schellingstr. 39



Schleswig-Holstein

■ Diskussions-Veranstaltung in Elmshorn

Das letzte Ascheberger Gespräch an der Landesschule Schleswig-Holstein war Anregung zu einer von der BLSV-Dienststelle Elmshorn veranstalteten Diskussion, zu der Leiter der Jugendorganisationen und -verbände sowie Vertreter der Städte, Gemeinden und Ämter eingeladen waren. Die Veranstaltung fand im Sitzungssaal der Stadtverordneten-Versammlung statt. Wunsch der BLSV-Dienststelle war es: Wir wollen nicht nur informieren — wir wollen auch Informationen von außen empfangen.

Vierzig Teilnehmer, darunter elf Jugendliche, waren der Einladung gefolgt und äußerten sich — teils recht leidenschaftlich — über Fragen unserer Zeit, die im engen Zusammenhang mit Demokratie, Erziehung, Verantwortung in der Gesellschaft, Demonstration und „Engagement“ stehen. Staatsanwalt a. D. Dr. Heyck (Kiel) informierte die Teilnehmer zunächst über die Auffassungen zweier Referenten des jüngsten „Ascheberger Gesprächs“ im März und fragte: „Wie können wir die Jugend gewinnen?“ Er meinte damit nicht speziell die Mitarbeit der Jugend im BLSV, sondern analysierte die Haltung und das Engagement der Jugend allgemein in unserer Zeit und in unserem Staat. Erst dann stellte er die Überlegung an: Wie können wir bei der heutigen Emanzipation der Jugend diese für die Öffentlichkeitsarbeit des BLSV gewinnen? Dr. Heyck forderte eine „akademieähnliche Schulung“, wie sie bereits auf staatspolitischem Gebiet in Sankelmark und Bad Boil betrieben werde. Eindeutig stellte er fest: Die Jugend von heute ist nicht schlechter als die frühere; die Statistik der Kriminalität seit 1882 beweist es. Die Diskussionen über die Arbeit des BLSV waren teilweise — wie es Presseberichte beweisen — recht leidenschaftlich, die Atmosphäre der Veranstaltung, die von Vormittag bis zum Abend dauerte, sachlich und gut. Die weiteren Referenten des Tages waren außer Staatsanwalt a. D. Dr. Heyck Dr. med. Schübbe (Uetersen), der auch BLSV-Hel-

fer ist, ferner Stadtjugendpfleger Koop und Frau Hennig von der BLSV-Landesstelle Kiel sowie der ZS-Bearbeiter Ehm als Vertreter der Stadt Elmshorn.

Diese Diskussion mit der Jugend über die Jugend war jedoch nicht der erste Versuch eines Gesprächs; denn schon im Januar hat in Elmshorn eine Aussprache zwischen Vertretern des BLSV und Vertretern der Städte und Gemeinden stattgefunden. Auch damals wurde versucht, das Thema eines Ascheberger Gesprächs außerhalb der Landesschule zu erörtern. In diesem wie in jenem Falle hat es sich gezeigt, daß die Bereitschaft zum Gespräch in der Öffentlichkeit vorhanden ist. Beide — Veranstalter und Gäste — profitieren von einer solchen Aussprache. Auch dann, wenn die Meinungen gelegentlich auseinandergehen. Aber das ist das Salz der Demokratie — und die Substanz eines Gesprächs. W.P.

Hamburg

■ „Vorrat nach Maß“

Am 17. April erschien in der Hamburger Zeitung „Bild“ eine Notiz „Vorschläge für Vorrat nach Maß“. Einen „gefüllten“ Warenkorb in den Speisekammern schlägt Bundesernährungsminister Höcherl allen Haushaltungen vor.

Der Bundesluftschutzverband, so steht geschrieben, erteilt kostenlos Ratschläge für praktische und kostensparende Lebensmittelbevorratung.

Die Arbeitsgemeinschaft VI der BLSV-Dienststelle Hamburg-Mitte beschloß, diesen Artikel im Mai als Grundlage für die Schaufensterwerbung zu nehmen.

Den Mittelpunkt des Schaufensters bildet ein gefüllter Warenkorb. Schrifttafeln sollen der Bevölkerung Aufschluß über Sinn und Zweck einer Bevorratung geben.

Über den Bildschirm eines Fernsehgerätes, das im Schau-

fenster aufgestellt ist, läuft ein mittels Motor angetriebenes 30 cm breites Förderband. Hier kann sich der Betrachter informieren, was und wieviel an Vorrat für eine Person für 14 Tage vorgeschlagen wird. Außerdem gibt das Band Aufschluß über Einfuhr, Haltbarkeit, Lagerdauer und Lagerbedingungen. Neben dem Schaufenster ist ein Kasten mit Informationsmaterial aufgestellt. Hier kann sich jeder bedienen. Es ist ein Hinweis angebracht, daß die BLSV-Dienststelle nicht nur in Fragen der Lebensmittelbevorratung Ratschläge erteilt. Auch in allen übrigen Fragen des Selbstschutzes kann sich jeder Bürger kostenlos Rat und Hilfe holen. U.W.

Hessen

■ Gäste beim BLSV in Gießen

Die Mitglieder der Deutschen Industriemeister-Vereinigung e. V. (Bezirksgruppe Gießen) trafen sich zu ihrer Aprilversammlung im Vortragsraum der BLSV-Dienststelle Gießen, um sich über Fragen des Selbstschutzes zu unterrichten.

Nach der Begrüßung durch Vorsitzenden Siegfried Knak (Gießen) gab Dienststellenleiter Schröter einen Überblick über die Gegenwartssituation des Selbstschutzes, dem er im Rahmen des Zivilschutzes die ergänzenden behördlichen Maßnahmen, wie z. B. den Warn- und Alarmdienst, gegenüberstellte. Er wies darauf hin, daß wir in unserer von Technik bestimmten Zeit darauf bedacht sein müssen, im Alltagsleben Unfällen vorzubeugen sowie Schutzvorkehrungen gegen Natur- und technische Katastrophen zu treffen. Der Redner empfahl die Teilnahme an Lehrgängen im Rahmen der Aufklärungsaktion Unfallhilfe 1968 des hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen.

Vorrangig sei unser Bemühen im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen, den Frieden zu erhalten, da Kriege keine geeigneten Mittel mehr seien, politische Interessen durchzusetzen. Jedoch könne sich nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit niemand dafür verbürgen, daß Situationen gewaltsamer Auseinandersetzungen nicht mehr eintreten und uns nicht betreffen würden. Darauf stütze auch ein Gremium der Vereinigung deutscher Wissenschaftler seine Befürwortung von Schutz-



Am 30. April hatten sich zahlreiche Freunde, Verwandte und Mitarbeiter auf dem Schramberger Friedhof eingefunden, um Walter Mackle das letzte Geleit zu geben. Schlicht und einfach, wie sein Leben gewesen ist, war auch seine Beisetzung. Viele Kränze und Blumengebinde schmückten seinen Sarg. — Ein Jugendfreund fand herzliche Worte der Jugenderinnerungen und würdigte den Verstorbenen als einen Menschen, der stets seine Aufgabe im Dienst am Menschen sah. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied, Ltd. Regierungsdirektor Fritze, überbrachte die Anteilnahme des Präsidiums des Bundesluftschutzverbandes. Seine tiefempfundenen Worte galten vor allem Walter Mackle als Mitarbeiter in der Führungsspitze des Bundesluftschutzverbandes. Im Namen des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz nahm Verwaltungsoberrat Walter Haag von dem Toten Abschied. Landesstellenleiter Ketteler sprach im Namen der Landesstellenleiter des Bundesluftschutzverbandes ehrende Worte des Nachrufs.

maßnahmen für die Zivilbevölkerung.

Der Vortragende gab einen Überblick über die Entwicklung der Zivilschutzgesetzgebung in der Bundesrepublik. Er erläuterte, was bisher auf dem Sektor Selbstschutz, der generell der Initiative des Bundesbürgers in eigener Verantwortung überlassen wurde und mit dessen Betreuung der Bundesluftschutz beauftragt ist, getan worden sei. Nach näheren Ausführungen über die Aufgabe und Bedeutung des Selbstschutzes in den Wohnstätten, der Selbst- und Nachbarschaftshilfe gab der Referent eine kurze Darstellung des Betriebselbstschutzes. Er machte auf die vorhandenen Richtlinien für den Erweiterten Selbstschutz und die vorliegenden Empfehlungen des Arbeitskreises des Bundesverbandes der Deutschen Industrie aufmerksam und erwähnte die eigenständige Wahrnehmung von Selbstschutzmaßnahmen der besonderen Verwaltungen, wie z. B. Bundespost und Bundesbahn.

Anschließend ging der Referent auf die im Entwurf vorliegende neue gesetzliche Regelung der behördlichen Zivilschutzmaßnahmen im Rahmen eines Erweiterten Katastrophenschutzes ein, in der vorgesehen ist, die Durchführung der Aufgaben weitgehend in den Bereich der kreisfreien Städte und Landkreise zu legen. Auch der Selbstschutz der Bevölkerung, dessen Aufbau, Förderung und Leitung den Gemeinden obliegen und wie bisher der freien Verantwortung des Bürgers anheimgestellt werden soll, erhalte hier seinen Platz.

Als Betreuer sei der Bundesverband für den Selbstschutz vorgesehen, der den Gemeinden und Landkreisen wie auch den Behörden und Betrieben bei der Durchführung ihrer Selbstschutzaufgaben unterstützend zur Verfügung stehen soll. Zwei aufklärende Filme ergänzten die mit Interesse aufgenommenen Ausführungen.

Aus der Nähe besehen ...

Unser Ratetfoto auf Seite 26 zeigt einen Teil des Schutzkorbes C aus Drahtgeflecht. Der Schutzkorb hat die Aufgabe, Fremdkörper, die sich im Löschwasser befinden können, zurückzuhalten.

Rheinland-Pfalz

■ Richtfest in Birkenfeld

Als der Maurerpolier „mit Gunst und Verlaub“ seinen Richtspruch auf dem Dach der neuen Landesschule Rheinland-Pfalz des BLSV begann, war ein wichtiger Bauabschnitt beendet worden: der Rohbau ist jetzt fertig und das Richtfest konnte gefeiert werden. Eiskalt war der Wind auf dem 450 m hohen Brauneberg bei Birkenfeld, aber die zahlreichen BLSV-Angehörigen, die zu der Feier gekommen waren, harrten geduldig aus. Die Genugtuung darüber, daß der Bundesluftschutzverband in Rheinland-Pfalz bald eine von der Funktion her sehr gut durchdachte Landesschule und Tagungsstätte haben wird, war stärker als der kalte Wind da droben auf beherrschender Höhe.

Den Entwurf der neuen Landesschule fertigte Architekt Schwarz (Trier); die Bauleitung arbeitete Hand in Hand mit dem Verantwortlichen der Bundeshauptstelle des BLSV, Referent Dipl.-Ing. Neckermann. Was auf dem Brauneberg entstanden ist, kann sich sehen lassen. Der Bau ist dreistöckig. Er besteht aus einem Untergeschoß, einem Mittel- und einem Obergeschoß. Bei der Wahl des Standortes Birkenfeld wurde berücksichtigt, daß auch die saarländische BLSV-Organisation sich des Baues bedient.

Das Untergeschoß enthält im wesentlichen Wirtschaftsräume, Toiletten und Umkleideräume. Speisesaal und Kantine sind durch Faltwände getrennt. Diese können ohne Schwierigkeiten auseinandergeschoben werden, so daß ein einziger großer Raum entsteht. In allem hat man daran gedacht, daß hier auch größere Tagungen stattfinden werden, für die ausreichend Platz vorhanden sein muß. Bemerkenswert ist, daß die Helfer des BLSV, die zur Ausbildung an die Landesschule nach Birkenfeld kommen werden, direkt vom Übungsgelände aus durch separate Eingänge zu den Umkleideräumen im Erdgeschoß gelangen können. Sie haben dort die Möglichkeit zu duschen. Mit den Übungskleidern brauchen sie also ihre im Obergeschoß befindlichen Unterkunftsräume nicht zu betreten.

Das Mittelgeschoß ist vor allem

für den Unterricht vorgesehen. Hier befinden sich drei Lehrsäle, die Schulleitung und Verwaltung. Durch Beiseiteschieben der Trennwände in den Lehrsälen können auch hier die Räume vergrößert werden.

Im Obergeschoß liegen die Unterkunftsräume. Überwiegend sind es Einzelzimmer. Einige Doppelzimmer sind vorgesehen. In allen Zimmern ist fließendes kaltes und warmes Wasser. Daß sich alle Helfer, Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer in diesen Unterkünften sehr wohl fühlen werden, ist selbstverständlich. Es können bis 40 Lehrgangsteilnehmer untergebracht werden. Ein Wort noch zur Küche, die sich im Untergeschoß befindet. Mit einer Kombinationsbefehuerung ausgestattet, bietet sie die Möglichkeit, bis zu 150 Personen zu verpflegen. Man will die neuesten Erkenntnisse einer modernen Küchentechnik in dieser Großküche praktizieren. Die Heizungsanlage soll mit Öl betrieben werden, kann aber auch auf festen Brennstoff umgestellt werden.

Näheres über die Inneneinrichtung kann natürlich erst bei der Einweihung, die im September erfolgen soll, gesagt werden. Es steht aber jetzt schon fest, daß der Bundesluftschutzverband sich mit der neuen Landesschule und Tagungsstätte etwas sehr Zweckentsprechendes und Nützliches geschaffen hat. Dabei ist der Bundesluftschutzverband nicht einmal Bauherr. Das große Gebäude wurde von dem privaten Bauherrn Georg Heiler aus Kaiserslautern gebaut, der BLSV hat es jedoch gepachtet. Nicht zu vergessen ist das Übungsgelände, das sich an die Landesschule anschließt. Wer die beengten Verhältnisse an dem bisher gepachteten Altbau in Bingen kennt – und alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte des BLSV kennen sie –, weiß, daß jetzt ein großer Fortschritt erzielt wurde.

An der Feier des Richtfestes nahm Landesstellenleiter Rheinland-Pfalz, Egon Freiherr von Leoprechting, teil. Ein zünftiger Richtschmaus schloß sich der kurzen Feier auf der Baustelle an. G. B.

Nordrhein-Westfalen

■ Schulräte und Schulleiter beim BLSV

Mitte März konnte Landesstellenleiter Ketteler die Schulräte

und Schulleiter der Schulaufsichtsbezirke I und II der Stadt Recklinghausen an der Landesschule, Schloß Körtlinghausen, begrüßen. Als Vertreter des zuständigen Dezernats der Bezirksregierung Münster war Regierungsschulrat Reich erschienen. Ziel dieser zweitägigen Informationstagung war es, die Gäste mit dem Themenkreis Zivilschutz/Selbstschutz bekannt zu machen, wobei die Aufgaben, die den Schulleitern in ihrer Verantwortung für Leib und Leben der ihnen anvertrauten Kinder zufallen, besondere Berücksichtigung fanden.

In einem Grundsatzreferat wurden die Vorsorgemaßnahmen des Staates für den Katastrophen- und Verteidigungsfall erläutert und begründet, gleichzeitig aber auch aufgezeigt, welche Aufgaben Staat, Gemeinde und Bürger in einem solchen Fall zu erfüllen haben. In diesem Zusammenhang wurde der gesetzliche Auftrag des BLSV in bezug auf Information und Ausbildung eingehend dargestellt.

Über die bisherige Tätigkeit des BLSV im schulischen Bereich in NW und über die Vielzahl der eingesetzten Einrichtungen der Öffentlichkeitsarbeit gab ein weiterer Vortrag Auskunft: Durch Vortragsveranstaltungen mit und ohne Film, Verteilung der Broschüre „Schützen und Helfen“, dem Einsatz der Tonbildschauen, Ausstellungen, Informationstagungen für Schulräte sämtlicher Regierungsbezirke u. a. m. war der BLSV bemüht, Verständnis für den Selbstschutz im schulischen Bereich zu wecken. Als neueste Einrichtung der Öffentlichkeitsarbeit des BLSV konnte den Gästen die fahrbare Informations- und Beratungsstelle vorgestellt werden. Weitere Themen waren „Der Betriebsselbstschutz in Schulen“, unter Hinweis auf bisher durchgeführte Fachlehrgänge, sowie „Die Frau als Helferin im Selbstschutz“. Ein Offizier des Wehrbereichskommandos III (Düsseldorf) sprach über die militärpolitische Situation; ein Vortrag, der das Kräftepotential in Ost und West beleuchtete und die Notwendigkeit von Vorsorgemaßnahmen auf dem zivilen Sektor deutlich machte. Eine Besichtigung der Ausbildungs- und Übungseinrichtungen der Landesschule sowie eine Zusammenfassung und Auswertung der behandelten Themen bildeten den Abschluß der Informationstagung.

die von den Pädagogen als außerordentlich aufschlußreich bewertet wurde. Besprechungen über die Durchführung von Selbstschutzmaßnahmen in Schulen sind in Aussicht genommen.

Niedersachsen

■ Schule und Selbstschutz

Gemeinsam mit dem niedersächsischen Kultusminister hatte Landesstellenleiter Walter Jörn Schulaufsichtsbeamte und Lehrkräfte zur Teilnahme am 13. Zivilverteidigungsseminar der Landesstelle Niedersachsen eingeladen.

In der angenehmen Atmosphäre des Hotels Forsthaus Heinemeyer in Bückeburg trafen die Referenten auf einen Zuhörerkreis, der sich der Verantwortung in der Erziehung der Jugend, aber auch der Betreuung während der Unterrichtszeit durchaus bewußt ist.

In einem einführenden Referat behandelte Oberregierungsrat Hesse vom Niedersächsischen Kultusministerium die Maßnahmen und Planungen zur zivilen Verteidigung im kulturellen Bereich. Er führte u. a. aus: „... Im folgenden will ich versuchen, Ihnen darzulegen, welche Überlegungen im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums unter diesen neuen Aspekten (des Crisis-Management) anzustellen sind, welche Maßnahmen wir bereits getroffen haben und was noch zu tun ist. Ich bin bemüht, Ihnen dabei gleichzeitig eine systematische Übersicht über die Aufgaben der Kultusverwaltung im Rahmen der zivilen Verteidigung unseres Landes zu vermitteln. Angesichts der Millionen Menschenleben, die den Schulen anvertraut sind, liegt es nahe, daß eine Kultusverwaltung sich im Rahmen ihrer zivilen Verteidigungsplanung in erster Linie Gedanken darüber macht, was mit den Schulen geschehen soll.“

Die Älteren unter uns werden sich sicherlich dessen erinnern, daß in den ersten Tagen des zweiten Weltkrieges – hier und dort mögen es Wochen gewesen sein – in großem Umfang Schulgebäude für außerschulische Zwecke in Anspruch genommen wurden...

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszurechnen, daß auch ein demokratischer Staat,

wenn er in einen Verteidigungskampf hineingezogen wird, nicht darauf verzichten kann, bei der Mobilisierung der Streitkräfte in mehr oder weniger großem Umfang auf Schulanlagen zurückzugreifen. Wir müssen deshalb bei allen Überlegungen zum Thema „Schule im Verteidigungsfall“ davon ausgehen, daß ein in den verschiedenen Landesteilen unterschiedlich hoher Prozentsatz des friedensmäßig vorhandenen Schulraumes für Zwecke der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte benötigt wird...

Was die Aufenthaltsregelung für die Zivilbevölkerung betrifft, so wird Ihnen durch die Presse der NATO-Grundsatz des „Stay at home“ bekannt sein. Er besagt, daß im Falle eines bewaffneten Konfliktes jeder nach Möglichkeit an seinem Wohnort bleiben soll. Dieser Grundsatz schließt naturgemäß umfangreichere Verlegungsmaßnahmen aus...

Nicht verhindern läßt sich aber das Durchsickern von Flüchtlingen in die westlichen Landesteile. Bevor sie in den Aufnahmegebieten auf Wohnungen verteilt werden, wird man sie sicher zunächst einmal in allen zur Verfügung stehenden Räumen, darunter in erster Linie Schulen, auffangen und mit dem Notwendigsten versorgen müssen. Unter diesen Umständen werden wir an der umfassenden Stilllegung des gesamten Schulbetriebes bei Beginn einer bewaffneten Auseinandersetzung festhalten müssen. Die politische Forderung, im konkreten Fall alle verfügbaren Mittel zur Bewältigung der Krise einzusetzen, zwingt uns aber, darüber nachzudenken, wie die Schulen in einem länger anhaltenden begrenzten Konflikt zu behandeln sind...

Oberregierungsrat Hesse befürwortete dann eine an das offizielle Kriegsbild und die erkennbaren potentiellen Kampfräume angepaßte flexible Planung für die Schulen, die vor allem ein Höchstmaß an Sicherheit für Schüler und Lehrer gewährleisten müsse.

Besonders negativ wirkt sich aus, daß der Beschluß des Niedersächsischen Landesministeriums von 1962, die finanzielle Förderung kommunaler Bauten aus Landesmitteln von der Schaffung von Schutzräumen abhängig zu machen, angesichts der anhaltend schwieri-

gen Haushaltslage des Landes und der kommunalen Schulträger praktisch unbeachtet bleiben mußte und daher fast keine Schutzräume in Schulen zur Verfügung stehen. Der Redner kam dann zur Frage des Selbstschutzes in den Schulen und führte hierzu u. a. aus:

„Schließlich müßte jede weiterarbeitende Schule über einen gut ausgerüsteten Erweiterten Selbstschutz (Behördenelbstschutz) verfügen... Unabhängig von diesen Überlegungen ist das Kultusministerium bemüht, die Selbstschutzgrundausbildung von Schülerinnen und Schülern durch den Bundesluftschutzverband – künftig Bundesverband für den Selbstschutz – zu fördern. Ich glaube, ich kann mir im Hinblick auf den im Niedersächsischen Ministerialblatt (1968, S. 303) veröffentlichten Runderlaß über die Selbstschutzgrundausbildung nähere Ausführungen zu diesem Thema, insbesondere auch zur Rechtsstellung und den Aufgaben des Bundesluftschutzverbandes, ersparen. Die Selbstschutzgrundausbildung ist natürlich freiwillig und muß ungeachtet ihrer Förderungswürdigkeit leider außerhalb des (Gemeinschaftskunde-) Unterrichts erfolgen. Ich weiß, daß diese Regelung für einige Schulen einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Praxis bedeutet. Die Schulabteilung, des Ministeriums hat aber, um Härten zu vermeiden, ihre Bereitschaft erklärt, die stillschweigende Erteilung des fünfständigen theoretischen Teils innerhalb des Gemeinschaftskundeunterrichts dort, wo dies bisher üblich war, weiterhin zu dulden.“

Der Wert einer Selbstschutzgrundausbildung liegt unter anderem darin, daß mit ihr der Boden für den allmählichen Aufbau eines Erweiterten Selbstschutzes, auch Behördenelbstschutz genannt, an unseren Schulen bereitet wird. Mit Planungen für den Behördenelbstschutz an den niedersächsischen Schulen ist eben erst begonnen worden. Die bekannte schwierige Haushaltslage des Landes zwingt uns auch hier zu äußerster Selbstbeschränkung. Voraussichtlich wird sich zunächst nur an einigen Schulen, deren Lehrer und Schüler sich zur Mitarbeit bereit erklären, mit Hilfe des Bundesluftschutzverbandes eine Art Demonstrativprogramm durchführen lassen. Das heißt, an

diesen Schulen wird ein Behördenelbstschutz so aufgebaut, daß er als beispielhaft angesehen werden kann.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach der Referent über die Probleme, die sich im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung im Bereich der Hochschulen ergeben, und über Fragen des Kulturgutschutzes. Er schloß mit den Worten: „Im übrigen verhält es sich mit den Bemühungen um einen Zivilschutz im Bereich von Bildung und Wissenschaft so, wie mit allen zivilen Verteidigungsanstrengungen: Was auch immer wir tun, es wird unzulänglich sein, allein deshalb, weil kein Staat es sich leisten kann, seine gesamte zivile Verwaltung, seine gesamten zivilen Einrichtungen bereits im tiefsten Frieden völlig auf einen etwaigen Verteidigungsfall einzustellen. Das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, das Erreichbare mit allen Kräften anzustreben. Dabei wird der Gedanke des Selbstschutzes eine erhebliche Rolle spielen.“

Ministerialrat Dedekind vom Niedersächsischen Ministerium des Innern informierte die Teilnehmer über die Planungen der Landesregierung auf dem Gebiet der Zivilverteidigung und gab einen Bestandsbericht über das schon Erreichte.

Die lebhafte Diskussion, die sich an dieses Referat anschloß, zeigte deutlich, daß die Teilnehmer durchaus bereit sind, sich als verantwortliche Erzieher zu engagieren, wenn ihnen die Notwendigkeit der Maßnahmen überzeugend vermittelt wird.

Die weiteren Referate, von Oberstleutnant Thürmer über das Kriegsbild, von Oberst Wieringa über den Aufbau des niederländischen Zivilschutzes und vom Bundestagsabgeordneten Schmidt, Braunschweig, rundeten das Bild der Information ab. Das Seminar klang aus mit einem Referat von Landesstellenleiter Jörn über den Selbstschutz der Bevölkerung, der gerade in Notzeiten das Fundament aller Selbsthilfemaßnahmen darstellt und dessen Funktionen darüber entscheidet, ob Krisensituationen bewältigt werden können.

Landesbischof J. G. Maltusch ließ das Seminar mit einem Appell an die ethischen Pflichten eines jeden Christen, im Selbstschutz mitzuwirken, ausklingen. geha

„Wenn wir nur einen Toten weniger haben, dann hat sich die Aktion gelohnt!“ sagte der Rosenheimer Landrat Knott vor einem Jahr, als Landesverkehrswacht, ADAC und Verband der Kraftfahrzeugversicherungen gemeinsam die Aktion „Nr. Sicher“ ins Leben riefen.

Was stand hinter „Nr. Sicher“? Ein genau geplantes, umfangreiches Programm, das im vergangenen Jahr in den Landkreisen Rosenheim und Bad Aibling sowie in der Stadt Rosenheim durchgeführt wurde. In diesem Raum werden Unfallopfer in Zukunft auf eine fachgerechte Hilfeleistung rechnen können. Denn Tausende von Bürgern haben sich dort an Unfallkursen beteiligt, in denen sie die Grundregeln Erster Hilfe und des Absicherns von Unfallstellen gelernt haben. Den Anstoß dazu hat die Aktion „Nr. Sicher“ gegeben.

Nach Schätzungen führender Fachleute muß etwa ein Viertel aller Verkehrstoten nur deshalb sterben, weil den zuerst am Unfallort eintreffenden Passanten oder Fahrern anderer Wagen die einfachsten Handgriffe der Ersten Hilfe nicht bekannt sind.

Es sollte bei dieser Aktion untersucht werden, ob es möglich ist, Unfälle durch Werbung zu bekämpfen. Mit einer großen Zahl von Plakaten, Flugschriften, mit Demonstrationsveranstaltungen und in Bürgerversammlungen wurde versucht, die Bewohner des Aktionsraumes als Helfer im Kampf gegen den Tod am Unfallort zu gewinnen. In alle Haushalte kam jeden Monat ein Brief mit Tips, wie man am sichersten geht oder fährt. Das Flugblatt, das die Bevölkerung zu einem Lehrgang in Unfallhilfe aufrief, wandte sich an jeden einzelnen Bürger: „Menschen sterben, und wir stehen hilflos dabei. Der Wille zum Helfen genügt nicht — das ‚gewußt wie‘ zählt! Gehen auch Sie beim Helfen auf Nr. Sicher! Melden Sie sich zu einem Schnellkurs in Unfallhilfe!“ Neben diesem Appell zur Vorsorge und Mithilfe wurden in diesem Bürgerbrief auch praktische Hinweise über „Verhalten und Sofortmaßnahmen am Unfallort“ gegeben.

Um ihren Mitbürgern mit gutem Beispiel voranzugehen, haben sich die Angehörigen aller freiwilligen Feuerwehren im Aktionsraum — davon rund 2000 Männer aus dem Kreis Rosenheim — in Erster Hilfe ausbilden lassen. „Der Andrang zu diesen Kursen hat alle Erwartungen weit übertroffen“, erklärte die Leitstelle der Aktion.

Man hatte für die Aktion „Nr. Sicher“ keine neuen Maßnahmen erdacht, sondern arbeitete mit den bisher bekannten Methoden der Verkehrserziehung und Unfallverhütung. Man war sich darüber klar, daß ein solcher Modellversuch — schon aus finanziellen Gründen — nur auf einem begrenzten Raum unternommen werden kann. Es galt zunächst einmal Erfahrungen zu sammeln, wie die Bevölkerung in wirkungsvoller Weise anzusprechen ist und wie private Initiative geweckt werden kann. Die Maßnahmen — behördliche wie private — mußten aufeinander abgestimmt werden, denn was hier erprobt wurde, soll ja auch

„Nr. Sicher“

im Verkehr

Ein Modellfall der Unfallverhütung und Unfallhilfe

— den Aktionsraum natürlich ausgeklammert — registrierte die Landespolizei 4,5 Prozent mehr Verkehrstote. Hierbei muß noch erwähnt werden, daß die Unfälle im Aktionsraum vor Beginn der Aktion über ein Jahrzehnt ständig gestiegen waren.

Zu Beginn der „Nr. Sicher“ zeigte sich die Mehrzahl der Bevölkerung zurückhaltend und skeptisch. Durch überzeugende Hinweise und Aufklärung ließen sich jedoch die Bürger für den Gedanken der Verkehrssicherheit gewinnen. Ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit wurde geweckt. Rechtsanwalt Ernst Jacobi vom Verband der Versicherungswirtschaft meinte, es sei erstmals bewiesen worden, „daß man das Schicksal des modernen Lebens nicht widerstandslos hinnehmen muß“. Er forderte, daß die Unfallverhütung



in jeder anderen Gemeinde durchzuführen sein. Die Aktion „Nr. Sicher“ ist als Modellfall für das gesamte Bundesgebiet gedacht. Eindrucksvolle Zahlen beweisen, daß sich der Einsatz gelohnt hat: Im Aktionsraum verminderten sich im vergangenen Jahr die Verkehrsunfälle um fast 13 Prozent, die Zahl der Unfalldoten um 23 Prozent; die Zahl der Schwerverletzten sank um 8 Prozent. Außerdem wurde die „klassische“ Unfallspitze in den Ferienmonaten gründlich gebrochen. Was diese Zahlen in Wirklichkeit bedeuten, wurde im Rahmen einer Pressekonferenz durch Vergleiche erläutert. In den Nachbarkreisen nahmen die Verkehrsunfälle nur um 1,3 Prozent ab; bei den Verletzten war mit drei und bei den Toten sogar mit 17,1 Prozent eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen. Für ganz Bayern

in Zukunft nicht mehr dem Zufall überlassen werden dürfe. Es müsse plan- und zielbewußt vorgegangen werden, wie das z. B. bei der Verhütung von Arbeitsunfällen seit Jahrzehnten geschehe. Doch werde letzten Endes alle Initiative von oben wirkungslos bleiben, wenn es nicht gelinge, die Menschen für die Unfallverhütung und für eine Vorsorge zu gewinnen. Daß dies möglich sei, das habe die Aktion „Nr. Sicher“ bewiesen. Möge sie Nachahmung finden und mit dazu beitragen, dem Blutvergießen auf unseren Straßen Einhalt zu gebieten. „Nun ans Werk! Die gesteckte Aufgabe kann dabei nicht auf Jahre beschränkt sein, sie ist eine Aufgabe für Jahrzehnte. Aber man muß endlich damit anfangen“, mit diesen Worten schloß Jacobi seine Ansprache.

R. Th.



ZB im Bild

Im Luftschutzhilfsdienst lernen Führer und Helfer, sich der Technik zu bedienen, ohne sich von ihr beherrschen zu lassen (oben). Auf dem Umschlagbild der ZB Nr. 2 haben wir das Plakat des Referates für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums des Innern veröffentlicht mit „Möglichkeit eins: protestieren; Möglichkeit zwei: sich informieren; Möglichkeit drei: diskutieren“. Die junge Dame (unten) weiß die Möglichkeit eins recht gut zu nutzen. Es bleibt zu wünschen, daß sie auch zwei und drei erprobt. Rechts: Ausbildung der Schweizer Kriegsfeuerwehr.

